

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (einschließlich der Unterhaltungsbeilage „Die Raft“): Emil Müller, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Lindau, Magdeburg. Druck und Verlag von W. Pfanter & Co., Magdeburg, Gr. Mühlstr. 3. Fernsprechanschlüsse: Inserate 1567, Redaktion 1794, Verlag und Druckerel 961. — Zeitungspreisliste Seite 404. —

Bezugspreis: Vierteljährlich einfl. Zustellung 2.25 Mk., monat. 80 Pf. Beim Abholen von der Expedition und bei Ausgabestellen vierteljährlich 2 Mk., monat. 70 Pf. Bei den Postanstalten 2.25 Mk. ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 5 Pf. — Inseritionsgebühren: die Tagelöhner-Kolonnen 15 Pf., Inserate von auswärts 25 Pf., im Restamtteil Seite 1 Mk. Postfachkonto: Nr. 5258 Berlin. — Einwäger Rabatt kann verweigert werden, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt.

Nr. 124.

Magdeburg, Freitag den 30. Mai 1913.

24. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfaßt 12 Seiten und 4 Seiten „Die Raft“.

Es bleibt alles beim alten.

Die Verhandlungen in der Budgetkommission des Reichstags über die Seeresvorlage haben in bezug auf den innern Ausbau der Armee keine freundlichen Aussichten geboten. Alles deutet darauf hin, daß die Militärverwaltung nach wie vor an dem „bewährten Alten“ festhalten und nicht darangehen will, die innere Einrichtung der Armee und die Prinzipien, auf denen sie ruht, auch nur einigermassen zu modernisieren.

Das Verlangen, daß die Gardetruppen endlich abgeschafft werden sollen, ist gewiß eine zeitgemäße Forderung. Selbst wenn es wahr wäre, daß sie besser sind als andre Truppen, so hätten sie dennoch keine Existenzberechtigung mehr, weil es bei der künftigen Tiefe der Marschkolonnen und der künftigen Ausdehnung der Schlachtfelder unmöglich ist, gerade Gardetruppen an einen besonders wichtigen Punkt zu stellen. So, wie die Armeekorps das Schlachtfeld betreten, müssen sie verwendet werden. Hin- und Herziehungen sind nicht mehr angängig. Es hat ferner auch keinen Sinn mehr, ganze Regimenter aus besonders großen Leuten zusammenzustellen. Bei der Majang der modernen Gewehrgehosse ist im Krieg eine das Durchschnittmaß überschreitende Körpergröße sogar ein besonderes Unglück. Darüber, daß eine Garde zur Idee der allgemeinen Wehrpflicht überhaupt nicht paßt, braucht man kein Wort zu verlieren. Auch der Kriegsminister konnte ihre Existenz mit rein militärischen Gründen nicht verteidigen. Das katholische Zentrum hat bei den Erörterungen über die Garde seinen politischen herzlichsten Bundesbrüdern, den protestantischen Junkern, wieder einmal einen großen Dienst erwiesen, indem es für die Erhaltung der Garde eintrat. Das ist dann die allein wahre und echte Volkspartei!

Wenig volksfreundlich war auch der Antrag des Zentrums, daß die Zulassung zum einjährig-freiwilligen Dienst erweitert werden soll. Im Deutschen Reich werden die Einjährig-Freiwilligen auf die Präsenzstärke nicht angerechnet und daher müßten, wenn die Einjährigenschnüre leichter zu erreichen wären als jetzt, noch mehr 2- und 3jährige Soldaten aus dem Volke herausgeholt werden. Die deutsche Präsenzstärke wird zum Beispiel künftig, das heißt bis zur nächsten Militärvorlage, 661 000 Mann betragen. Daneben sind noch zirka 15 000 Einjährig-Freiwillige vorhanden. Würde nun die Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienst so erleichtert werden, daß schon in 1 oder 2 Jahren 25 000 Einjährig-Freiwillige vorhanden wären, so müßten vom merkwürdigen Volke 10 000 Mann mehr in die Kaserne wandern, denn das Plus von 10 000 Einjährig-Freiwilligen würde aus den Schichten stammen, die die 661 000 Mann zu liefern haben. Gegen jetzt kämen also bei dem gewöhnlichen Rekrutenvorrat um 10 000 Mann weniger in Betracht, und diesen Ausfall müßten die Arbeiter- und Bauernöhne decken.

Die Resolution, das militärische Beschwerderecht und die Offiziers-Chrengerichte zu reformieren, fand beim Kriegsminister ebenfalls kein geneigtes Ohr. Ebenso wie bei der Forderung, daß die Garde abgeschafft werde, sagte er, daß hier allein die Kommandogewalt des Kaisers in Betracht komme. Nach unsrer Meinung sollte Herr von Seeringen bei so populären Forderungen, wie die Modernisierung der militärischen Beschwerde-Ordnung und der Offiziers-Chrengerichte es sind, nicht die Kommandogewalt des Kaisers als entgegenstehenden Faktor anführen. Der Kriegsminister wird sicher wissen, daß auch pensionierte Offiziere, die gar nicht sozialdemokratisch angehaucht waren, gegen die Offiziers-Chrengerichte Front gemacht haben. Und in Bayern haben in den letzten Jahren ein Oberst a. D., ein Rittmeister a. D. und ein Oberleutnant des Verurlaubtenstandes auf die Erlaubnis zum Tragen der Uniform verzichtet, weil sie nicht mehr der Kompetenz der Offiziers-Chrengerichte unterliegen wollten. Die Opposition gegen die jetzigen Offiziers-Chrengerichte hat also sogar in den Offizierskreisen selbst schon offene Anhänger. Und darüber, daß aus der Beschwerde-Ordnung die Bestimmung, wonach ein Untergebener sich über eine gegen ihn verhängte Disziplinarstrafe erst nach ihrer Verbüßung beschweren darf, entfernt werden muß, sind sich auch die meisten Leute einig. Eine solche Reform wäre schon deswegen dringend notwendig, weil die militärische Disziplinarstrafegewalt sehr groß ist.

Auch die Befugnis, das Untergebene, die „unbegründet“ Beschwerde führen, bestraft werden können gehört

beseitigt, weil sie nur zu sehr dazu angetan ist, ängstliche Soldaten von Beschwerden abzuhalten. Aber auch hier sind die Hoffnungen auf eine Besserung vergeblich.

Die Kommandogewalt des Kaisers wurde von Herrn von Seeringen auch gegen die Forderung ins Treffen geführt, daß bei der Aburteilung von Offizieren die Deffentlichkeit nicht mehr ausgeschlossen werde. In Bayern werden angeklagte Offiziere öffentlich abgeurteilt, ohne daß das Ansehen des Offizierkorps oder die militärische Disziplin darunter leidet. Das weiß ja jeder vernünftige Mensch, daß es auch unter den Offizieren Männer gibt, die mit dem Geseß kollidieren. In Bayern ist zum Beispiel vor mehreren Jahren ein aktiver adliger Rittmeister, der noch dazu aus einer sehr bekannten bayerischen Offiziersfamilie stammte — ein Großonkel war kommandierender General, ein Onkel bayerischer Kriegsminister, ein anderer Onkel ist noch bayerischer kommandierender General — öffentlich wegen Wechselfälschung zu 7 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Die Gerichtsverhandlung schadete dem Ansehen des Offizierkorps gar nichts, im Gegenteil wurde das Urteil allgemein mit den Worten: streng, aber gerecht, zur Kenntnis genommen. Da aber in Bayern bei der Aburteilung von Offizieren die Deffentlichkeit nicht ausgeschlossen wird, könnte es in Preußen auch geschehen. Das Ansehen des preussischen Offizierkorps wird doch gerade so fest im Volke wurzeln wie das des bairischen.

Daß auch der Antrag der Sozialdemokraten auf die Einführung der allgemeinen einjährigen Dienstzeit abgelehnt wurde, und das Zentrum dabei mithalf, ist selbstverständlich.

Die Hoffnung, daß die deutsche Armee veraltete Institutionen und Vorschriften in Wäld abstreifen oder reformieren werde, ist durch die Verhandlungen in der Budgetkommission gründlich vernichtet worden. Abgesehen von den modernen Waffen und einigen Vereinfachungen in den Exerzierreglements und den Vorschriften für den Felddienst ist die Armee von 1913 fast genau so wie jene von 1878. Die meisten der damals schon üblichen Klagen bestehen noch heute zu Recht. Die Verhandlungen in der Budgetkommission haben ferner wieder einmal bewiesen, daß die Sozialdemokratie nicht eine Feindin, sondern eine sehr gute Freundin der Soldaten ist. Daß ihre Anträge meistens niedergestimmt wurden, beweist nichts dagegen. Eines Tages werden sie trotzdem verwirklicht werden müssen. M. R.

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 29. Mai 1913.

Schwarzblaues Schachspiel.

Mit der Erklärung des Zentrums, daß es seine Stellungnahme zur Wehrvorlage abhängig mache von der Entscheidung der Deckungsfrage, war die Haltung der Sozialdemokraten in der Budgetkommission von selbst gegeben. Es handelte sich, in der Mittwochssitzung der Kommission um die Frage, ob die zweite Lesung der Wehrvorlage sofort oder erst nach Erledigung der Deckungsvorlagen vorgenommen werden solle. Rechte und Zentrum forderten, daß die Deckungsfrage erst nach ihren Wünschen geregelt werden müsse, ehe die Wehrvorlage weiter beraten werden dürfe, und das Zentrum vertiefte sich zu der ziemlich unverblühten Drohung, daß es die Militärvorlage ablehnen werde, wenn nicht nach seinem Programm verfahren werde. Die Sozialdemokraten entschieden durch ihre Stimmen, daß nicht nach dem Programm der Schwarzblauen verfahren wird, und gaben damit dem Zentrum Gelegenheit, seine Drohung mit der Ablehnung der Militärvorlage wahr zu machen.

Die Taktiker des schwarzblauen Blocks predigen den Zusammenschluß aller bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie. Die Deckungsfrage müsse von derselben Mehrheit gelöst werden, die die Militärvorlage bewillige. Am Mittwoch hätten sie aber sehr gern eine Mehrheit mit den Sozialdemokraten gebildet, um ihrem Geschäftsplan zur Annahme zu verhelfen, und offenbar hatten sie auch ihre ganze Hoffnung auf den sozialdemokratischen Zusatz gestellt. Der Wunsch, die Verhandlungen über die Militärvorlage hinauszuziehen, würde, so dachten sie, die Sozialdemokraten dazu verleiten, ihnen die Brücke zu bauen, die zu ihrem Ziele, der Verständigung aller bürgerlichen Parteien über Militär- und Deckungsvorlagen führen würde.

Hätten aber die Schwarzblauen diese Verständigung aller bürgerlichen Parteien zustande gebracht, war der anti-sozialdemokratische Militärblock unter dem Druck der Zentrumsdrohungen zusammengebrochen, dann hätte man die

völlig isolierte Sozialdemokratie mit Hurra niedergestimmt, alle Versuche sachlicher Beratung mit erdrückender Mehrheit erdroffelt und das Kompromißwerk, mochte es so jämmerlich sein, wie es wollte, im Handumdrehen angenommen.

Der Plan der Schwarzblauen ist zunächst mißglückt. Die Sozialdemokraten haben sich damit einverstanden erklärt, daß in der Beratung der Seeresvorlage fortgefahren wird, noch ehe das angestrebte schwarzblau-liberale Kompromiß fertig geworden ist, und die Aussichten auf eine erfolgreiche Bekämpfung der Vorlage sind dadurch zum mindesten nicht geringer geworden. Vor allem aber ist verhindert, daß die Steuergesetze nach dem Diktat der Rechten gemacht werden müssen, und damit haben sich die Aussichten verbessert für eine Lösung der Finanzfrage, die den Interessen der großen Massen entspricht.

Der wahrscheinliche Gang der Dinge ist nun der, daß zunächst eine Entscheidung über die Militärvorlage herbeigeführt wird. Nach seiner in der Kommission abgegebenen Erklärung ist das Zentrum dann verpflichtet, gegen die Vorlage zu stimmen. Dieser immerhin mögliche Fall wäre sicher die beste, die der Sozialdemokratie am meisten erwünschte Lösung, denn die Militärvorlage wäre damit gefallen! Nun spricht allerdings wenig Wahrscheinlichkeit dafür, daß das Zentrum sein Wort halten wird: voraussichtlich wird es entgegen seinen feierlichen Erklärungen die Militärvorlage auch dann bewilligen, wenn über die Art ihrer Deckung noch nichts entschieden ist. Kommt es aber so weit und sind die neuen ungeheuren Ausgaben gegen den entschiedenen Widerspruch der Sozialdemokratie beschlossen, dann kann die Sozialdemokratie nach Kräften dafür sorgen, daß die Kosten der Vorlage auch den wirklich Leistungsfähigen aufgebürdet werden.

Den schwarzen Expreßern ist damit der Revolver aus der Hand geschlagen. Sie sehen sich nun selbst in eine außerordentlich schwierige Situation verlegt, aus der sie sich zu retten versuchen, indem sie über die Steuerfrage mit den Nationalliberalen auf Tod und Leben verhandeln. Die Nationalliberalen können hinwiederum keinen Steuerpakt mit den Schwarzblauen eingehen, ohne ihre ganze bisherige Finanzpolitik aufzugeben und schwere Wirren in der eignen Partei hervorzurufen. Denn für eine allgemeine Besitzsteuer sind die Herren von rechts und von der Mitte nicht zu haben: beide sind sie gegen die Erbschaftsteuer, für die Vermögenssteuer wäre das Zentrum allenfalls zu haben, die wird aber von der Rechten und von den verbündeten Reierungen um so entschiedener abgelehnt.

Ein Umfall der Nationalliberalen ist in solchen Situationen an sich das Gegebene, das von vornherein Wahrscheinliche. Aber er wird kaum früher erfolgen, als er der Regierung erwünscht ist. Kann nun aber die Regierung den Umfall der Nationalliberalen wollen? Sie begibt sich damit selber in die Macht der Schwarzblauen und muß ihr Steuergebräu ohne Widerspruch hinunterschlucken. Dazu scheint sie nach den Erklärungen, die der Reichschattektretär am Mittwoch abgegeben hat, einwilligen noch nicht entschlossen zu sein. Das von den Konservativen geforderte Versprechen, sie werde die Deckungsvorlagen nur aus der Hand des Militärblocks entgegennehmen, hat sie vorsichtigerweise und zum größten Vergern des Grafen Westarp nicht abgegeben. Ergebnis: Die zweite Lesung der Militärvorlage wird vorgenommen; aber die Linken sind wütend, das Zentrum ist in schwerer Verlegenheit, die Verwirrung ist größer als je zuvor, und — die Beratungen werden für eine volle Woche ausgesetzt.

Erst am 10. Juni wird das Plenum des Reichstags die zweite Lesung der Militärvorlage beginnen. Wären die Sozialdemokraten in der Kommission auf den schwarzblauen Keim gefochten, dann hätte es schwerlich so lange gedauert. Die Baufe wird natürlich mit Verhandlungen über die Deckungsfrage ausgefüllt werden, aber diese Verhandlungen werden jetzt völlig unverbindlich sein und nicht, wie die Schwarzblauen wollten, offiziell.

Die Sozialdemokraten haben durch ihr taktisches Verhalten in einem sehr komplizierten Schachspiel die Verwirrung unter den bürgerlichen Parteien gesteigert, die Aussichten der Militärvorlage verbleckert, die Aussichten einer zweckmäßigen Lösung der Deckungsfrage verbessert und — Zeit gewonnen. Daß sie durch ihre grundsätzliche Stellung zur Militärvorlage von den Liberalen ebenso abgrundtief geachtet sind wie von den Schwarzblauen, versteht sich von selbst. In allen wechselläufig verwickelten taktischen Situationen bleibt ihr Ziel dasselbe: die Militärvorlage zu Falle zu bringen, wenn es geht; wenn dies aber nicht möglich sein sollte, wenigstens dafür zu sorgen, daß der Schwaden von denen, die ihn angerichtet haben, auch richtig und bis auf den letzten Pfennig bezahlt wird! —

Wer hat angefangen?

In der Budgetkommission hat man sich noch einmal über die Frage unterhalten, wer mit den Rüstkungs- verstärkungen angefangen habe — ob Deutschland oder Frankreich. Für jeden, der seine Augen nicht abschließend verschließt, ist diese Frage schon längst keine Frage mehr, aber der Kriegsminister beachtet es doch noch, fertig, auf neue Frankreich als das Karmelel hinzustellen. Er berief sich zunächst auf Herrn Millierand, der vor kurzem erklärt habe, die Wiedereinführung der 21jährigen Dienstzeit wenigstens bei der Kavallerie, sei schon erwogen worden, als er noch das Amt des Kriegsministers bekleidete. Das soll ein Beweis sein?

Dem zum Erznationalisten gewordenen Herrn Millierand lag viel daran, daß er von seinen patriotischen Freunden nicht der Kurzsichtigkeit und Schwäche beschuldigt wurde. Als plötzlich die Stimmungsmache für die 21jährige Dienstzeit einlegte, hatte er alles Interesse daran, den Glauben zu erwecken, daß er nur durch seine Verabschiedung daran gehindert worden sei, seinerseits mit diesem staatsrettenden Projekt hervorzutreten. Ach, und warum soll der Plan unter Millierand nicht erwogen worden sein? Es werden in den Ministerien mancherlei Vorschläge diskutiert, und wir möchten darauf wetten, daß auch unter Herrn v. Seeringen im preussischen Kriegsministerium schon über das Für und Wider einer Wiedereinführung der 21jährigen Dienstzeit gesprochen worden ist. Aber es kommt doch nicht auf solche Erwägungen an, sondern auf die positiven Gesetzesvor schläge, und da kann kein Zweifel sein, daß Frankreich erst nach Deutschland auf dem Plan erschienen ist.

Auch das zweite Argument des preussischen Kriegsministers ist gänzlich wertlos. Er sagt, in Deutschland trete die Wirkung des Friedenspräsenzgesetzes erst in 2 Jahren voll in Kraft, während Frankreich schon im Oktober eine zahlenmäßige Verstärkung seines Heeres erhalte. Man könne also eher von einer Bedrohung Deutschlands durch Frankreich reden. Was sind das für Maßstäbe! Frankreich geht auf einem andern Wege zu dem Ziele der numerischen Heeresvermehrung als Deutschland. Der Weg ist kürzer, weil er brutaler ist. Aber die Tatsache bleibt bestehen, daß es von uns auf diesen Weg gedrängt worden ist. Deutschland behält schon den zweifelhaften Ruhm, zu der neuen militaristischen Woge, die durch Europa geht, den Anstoß gegeben zu haben, und wenn nicht nur Frankreich die äußersten Anstrengungen macht, sondern auch Rußland Militärausgaben beschließt, die in den nächsten Jahren um 679 Millionen Rubel über die durch frühere Voranschläge gezogenen Grenzen hinausgehen, so gebührt das „Verdient“, diese Profitvergrößerung des internationalen Rüstungskapitals herbeizuführen, einzig und allein der dem Wehrverein gehorjamen deutschen Regierung! —

Nationalliberale Zahlungstreue.

Der Budgetkommission ist ein Antrag Bassermann zum einmaligen „Beitrag“ zugegangen. Er sieht eine Staffelung des Beitrags vor, weil die Vermögen nicht schon von 10000, sondern erst von 30000 Mark steuerpflichtig machen und damit eine einmalige Steuerpflicht von Einkommen von 20000 Mark und darüber verbinden. In diesen Fällen soll der Beitrag ohne Rücksicht auf Wohnort und Höhe des Vermögens betragen: Bei einem Einkommen von mehr als 20000 Mark bis 50000 Mark 1 v. H., von mehr als 50000 Mark bis 100000 Mark 2 v. H., von mehr als 100000 Mark 3 v. H.

Die Staffelung der Vermögensabgabe wird wie folgt vorgeschlagen: Der Beitrag besteht in einer Abgabe vom Vermögen, der beträgt bei Vermögen von mehr als

30 000—40 000 Mk.	60 Pfr.
40 000—50 000 Mk.	80 Pfr.
50 000—60 000 Mk.	125 Pfr.
60 000—70 000 Mk.	150 Pfr.
70 000—80 000 Mk.	210 Pfr.
80 000—90 000 Mk.	240 Pfr.
90 000—100 000 Mk.	270 Pfr.
100 000—125 000 Mk.	400 Pfr.
125 000—150 000 Mk.	500 Pfr.
150 000—175 000 Mk.	600 Pfr.
175 000—200 000 Mk.	700 Pfr.
200 000—225 000 Mk.	800 Pfr.
225 000—250 000 Mk.	900 Pfr.
250 000—275 000 Mk.	1000 Pfr.
275 000—300 000 Mk.	1100 Pfr.
300 000—350 000 Mk.	1500 Pfr.
350 000—400 000 Mk.	1750 Pfr.
400 000—450 000 Mk.	2000 Pfr.
450 000—500 000 Mk.	2250 Pfr.

500 000—1 000 000 Mark für jede angefangenen 100 000 Mark 600 Mark mehr, über eine Million für jede angefangenen 100 000 Mark 700 Mark mehr.

Endlich wird noch vorgeschlagen, daß Personen, welche bei einem Vermögen von nicht mehr als 100 000 Mark der Nachweis führen, daß sie ein Gesamtjahresvermögen von weniger als 3000 Mark haben, auf ihren Antrag bei Vermögen bis 50 000 Mark von der Beitragsleistung ganz, bei Vermögen bis 100 000 Mark zur Hälfte frei zu lassen sind.

Der Kampf um das Deutschum.

Der Gesetzesentwurf über die Reichs- und Staatsangehörigkeit liegt dem Reichstag schon seit Beginn der Session, also seit seinem Zusammenritt, vor. Die Kommission hat in langer Beratung den Entwurf durchgearbeitet, und ein umfassender Bericht nebst ihre Beschlüsse zusammen. In der Mitteilungsnummer wurde der § 1 des Gesetzes durchgearbeitet, wie immer in einer Art Generaldebatte, die den ganzen Nachmittag in Anspruch nahm. Die Stellung unserer Fraktion wurde vom Genossen Landsherg (Magdeburg) dargelegt, der an die Spitze seiner Ausführungen die Forderung der unmittelbaren Reichsangehörigkeit für alle Deutschen stellte, eine Forderung, die in einer Resolution ausgedrückt ist. Den Entwurf selbst kritisierte unser Redner mit ausführlichen Einwendungen, die keine sozialen und juristischen Bedenken wiedergaben. Er hob besonders hervor, daß der Entwurf teilweise sogar den gegenwärtigen Rechtszustand erheblich verändere, indem er dem einzelnen Bundesstaate die Souveränität auf dem Gebiete der Einbürgerung nimmt und andern Staaten das Recht gibt, Einbürgerung zu erheben. Die Verbesserungsanträge, die von unserer Seite in der

Kommission gestellt worden sind, sind größtenteils abgelehnt worden, unter allerhand reaktionären Vorwänden. Ebenso ist abgelehnt worden, daß Deutschen der Erwerb einer andern deutschen Staatsangehörigkeit erleichtert werden soll, und nicht minder stark war der Widerstand, als es sich darum handelte, Ausländern deutsche Staatsangehörigkeit zu schaffen. In seinen sehr wirkungsvollen und auf gründlicher Kenntnis der Materie aufgebauten Darlegungen polemisierte der sozialdemokratische Redner dann gegen die weitgehenden Befugnisse, die das Gesetz der Verwaltungsbehörde verleihe, und er führte Beispiele an, die beweisen, daß die Behörde wenig zuberlässig ist und wenig Vertrauen bei der Anwendung ihrer Rechte verdient. Ihr Vorgehen gegen die dänische Bevölkerung, ihre Entscheidungen gegen Ausländer, deren Religionsbekenntnis Mißbehagen erweckt, sollten freilich vor einer Ausdehnung des freien Ermessens warnen.

Der Zentrumredner, Dr. Welzer, konnte gegenüber dieser Kritik nur einwenden, daß die Sozialdemokraten in der Kommission ja schließlich den Entwurf nicht direkt abgelehnt hätten — ein Einwand, der schon deshalb nicht stichhaltig ist, weil die Haltung unserer Vertreter in der Kommission von bestimmten Erklärungen beeinflusst war, die heute nicht mehr zu Recht bestehen. Während aber der Fortschrittler Dr. Blund wenigstens einige Neigung zeigte, fortschrittlichen Anregungen zu folgen, sprachen sowohl der Redner des Zentrums wie der Nationalliberale Bek. der Konjektative Dr. Giese und — wie nicht anders zu erwarten — der Reichsparteiler Liebert die schlimmsten Beschränkungen aus gegen die allzu leichte Aufnahme „staatsfeindlicher Elemente“. Liebert und der Antisemit Herzog redeten in diesem Zusammenhang die üblichen Töne von völkischer und germanischer Eigenart.

Die zweite Lesung wird am Donnerstag fortgesetzt. Der Staatssekretär hatte vor Beginn dieser Beratung erklärt, daß die sozialdemokratische Interpellation über die geplanten elsaß-lothringischen Ausnahme Gesetze Ende nächster Woche beantwortet werden soll. —

Marokkanische Erinnerungen.

Die „Grenzboten“ veröffentlichen Briefe, die der verstorbenen Rideleren Wächter zur Zeit der Marokkoreise an seinen Freund geschrieben hat. Es geht aus ihnen hervor, daß der Staatssekretär des Auswärtigen niemals an eine Festsetzung in Nordwestafrika dachte und mit dem „Panther“ nur blaffen wollte. In dem ersten Schreiben, datiert Berlin, den 8. Mai 1911, also etwa 7 Wochen vor der Entsendung des „Panthers“ nach Agadir, findet sich folgende Stelle:

„... der Reichstag gönnt mir offenbar den Urlaub nicht, während sie hier schweigen! Heute fragten sie bei mir an, ob nicht eine Interpellation über Marokko den deutschen Interessen nützlich sein und unsre Politik fördern könne“. Du kannst dir denken, daß ich deutlich abgewunken habe! Ich sehe die marokkanische Sache mit Ruhe heranziehen; den Franzosen ist dabei sehr unheimlich zumute und je mehr wir uns ausschmeigeln, desto unheimlicher wird es ihnen. Da wäre es doch töricht, jetzt zu sagen, daß wir wegen Marokko nicht vom Leber ziehen, oder wie wir es bisher taten, uns in Drohungen zu ergen, die wir nachher doch nicht ausführen! Sie werden schon ohne unser Zutun ein Haar in der marokkanischen Suppe finden!

In einem Briefe, Berlin, den 18. Juli 1911, also nach Agadir, heißt es:

„... es geht ziemlich lebhaft zu. Ich bekomme Stöße von anonymen oder von Unbekannten unterjährlichen Karten und Briefen mit Zustimmung zu Agadir. Diese amüsierten mich ebenso wie die begeisterten Zeitungsartikel — nachher wird das Lamento und Geschimpfe um so größer sein. Ich freue mich schon darauf! Denn das fällt mir doch nicht ein, Südmorokko zu besetzen, wo wir außer den Franzosen auch noch die Engländer auf dem Halbe hätten und wo wir ständig eine ansehnliche Truppenmacht unterhalten müßten. Da heißt es immer, die Marokkaner empfinden uns mit offenen Armen. Ja, jetzt, wo wir ihnen als Fovang gegen die Franzosen dienen; aber das wäre gleich anders, wenn wir das Land für uns besetzen wollten, dann hätten wir die gleichen Schwierigkeiten wie die Franzosen und größere; denn wir sind weiter ab und die Berber im Süden sind viel freier als die Araber im Norden.

Das sind an sich sehr vernünftige Erwägungen gewesen. Aber der „Coup von Agadir“ erscheint nach diesen Briefen in keinem günstigeren Lichte. Man dachte nicht daran, ein Stück von Marokko zu besetzen, und trotzdem wagte man ein Spiel, das auf ein Haar zu einem verhängnisvollen Kriege geführt hätte und jedenfalls unsere Beziehungen zu Frankreich aufs neue verbitterte. Und das alles um des mehr als zweifelhaften Gewinns in Kamerun willen? —

Eine Totgeburt.

Eine Abjage nach der andern erhält die elsaß-lothringische Regierung bei ihrem Versuch, die Diffraktion zu erneuern. Am schmerzlichsten aber wird ihr die Zeit, zu deren Mundstück sich jetzt die „Tägliche Rundschau“ macht. In einem Straßburger Brief dieses so überaus nationalen Blattes wird ausgeführt, wie gerade die nationalen Elemente des Landes die lebhaftesten Bedenken gegen die an den Bundesrat gelangten Vorlagen hegen, und leise deutet der Briefschreiber an, daß nur Leute mit geringer Kenntnis der tatsächlichen Verhältnisse die Urheber dieses Experiments sein können.

Aber mag man sich in Südwestdeutschland, wo man die hiesigen Verhältnisse nur aus weiter Entfernung und oberflächlich kennt, darüber noch so sehr wundern, tatsächlich steht bei den national zuverlässigen Elementen im Land ein großer Teil dem Vorgehen der Regierung entweder direkt feindlich oder wenigstens feindsichtig gegenüber.

Die Wille wird dadurch ein wenig veräußert, daß man den Nachweis verliert, ein Teil der „überlänglichen“ Elemente sei nur deshalb gegen die Maßregeln, weil sie zu spät kämen. Sie wären der Meinung, die Anträge hätten eingebracht werden müssen, unmittelbar nachdem die Herren Bekkerlé, Freizimm, ihre „Geheben“ in Frankreich losgelassen hatten. Aber gibt es wirklich Leute, die diese Ansicht vertreten, so werden sie ja durch die Tatsachen selbst widerlegt, denn trotz des Auftritts jener nationalitären Geißelpörne ist die

Ruhe ja nicht gestört worden, und der Mitarbeiter der „Täglichen Rundschau“ läßt diese Gruppe der deutschfeindlichen Bevölkerung ja selbst ausführen, daß jetzt die Einführung der „Sondergesetze von der Mehrheit des Volkes als Kundgebung eines nicht gerechtfertigten Mißtrauens empfunden werde.

Die zweite Gruppe der nationalen Kritiker erklärt denn auch rund und nett, daß die Einführung der Ausnahme Gesetze die Befriedigung des Landes hindern werde, und der Gewährsmann der „Täglichen Rundschau“ sieht sich genötigt, seine Einblicke folgendermaßen zusammenzufassen:

„Man sieht, die Stimmung weiter deutsch-nationaler Kreise im Reichsland — denn nur deren Anschauungen haben wir vorstehend zu Worte kommen lassen — gegenüber den Gesetzesvor schlägen der Regierung ist wenig freundlich, ihre Meinung vom Nutzen der Maßregeln ist gering. Wenn wir selbst auch den Wert der vorgeschlagenen Beschränkungen des Presse- und Vereinsrechts höher anschlagen, vor allem wegen des darin zutage tretenden Willens, die größten Verunglimpfungen des Deutschtums nicht mehr zu dulden, so halten wir doch die aus gut deutschfeindlichen Kreisen kommenden Bedenken enger Betrachtung für wert. Und in einer Beziehung müssen wir uns ihnen rüchlos anschließen: Zunächst wenigstens wird die Erbitterung über die Tatsache, daß die Regierung für Elsaß-Lothringen Ausnahme Gesetze als nötig ansieht, den Anschluß der Bevölkerung an das Deutschum hemmen, und das politische Interesse wird ausschließlich auf eine gesunde Entwicklung des öffentlichen Lebens gut ist, vom Kampf um die Aufhebung dieser Gesetze in Anspruch genommen werden.“

Es trifft sich gut, daß dieses Stimmungsbild am Abend vor der Interpellation im Reichstag bekanntgeworden ist. Mit um so größerem Nachdruck können die Abgeordneten nun vom Reichskanzler eine Aufklärung darüber verlangen, wie in aller Welt Vorlagen zustande kommen konnten, von denen jeder einigermaßen Unterrichtete wissen mußte, daß sie in allen Kreisen, auch in denen, die auf ihre deutsch-nationale Gesinnung ein Patent genommen haben, auf den lebhaftesten Widerstand stoßen würden. Ob Herr von Bethmann diese Aufschlüsse geben wird, ist allerdings mehr als zweifelhaft.

Den Protesten gegen die geplanten Ausnahme Gesetze hat sich am Mittwoch, auch die ganz nach den Wünschen der Regierung zusammengesetzte Erste Kammer der Reichslande angeschlossen. Nach langen und zum Teil lebhaften Debatten wurde folgender Antrag angenommen:

Die Kammer wolle beschließen: Die Kammer verurteilt aufs schärfste die die Interessen des Landes schädigende und die Weiterentwicklung hemmende Politik. Die Kammer ist der Ansicht, daß es dem gesunden Sinne der großen Mehrheit des Volkes und dem kaiserlichen Staatshalter, zu dem die Kammer volles Vertrauen hat, auch ohne außerordentliche Maßnahmen gelingen wird, die von einer kleinen Gruppe ausgehenden Störungen der fortschreitenden Entwicklung des Landes zu überwinden. Die Kammer erischt daher die Regierung, von der Weiterverfolgung ihrer Wächten, Ausnahmebestimmungen herbeizuführen, Abstand zu nehmen, zumal dieselben in den loyal gesinnten Kreisen der Bevölkerung eine große Erregung hervorgerufen haben.

Der Antrag wurde mit allen gegen die Stimmen der Abgeordneten Professor Laband, General Mohner, Eisenbahndirektionspräsident Brisch und den Nationalisten Blumenthal, dem das Vertrauensvotum für den Staatssekretär nicht paßte, angenommen. Für den Antrag und gegen die Regierung hatten u. a. der frühere reichsparteiliche Reichstagsabgeordnete Hoeffel und der Konfistorialpräsident Dr. Curtius, der Herausgeber der Hohenloheischen Memoiren, sehr energisch ausgesprochen. —

Das französische Regierungskomplott.

Die Massenhausdurchsuchungen, die die französische Regierung in Paris und in 88 Provinzstädten organisiert hat, stellen sich jetzt als ein Komplott heraus gegen die Agitation, die die sozialistische Partei und die Gewerkschaften gegen die Militärvorlage führen.

Denn es wurde nicht nur bei Gewerkschaften und Gewerkschaftsführern eingebrochen, sondern auch in sozialistischen Blättern und Organisationen gehäusucht. Beschlagnahme wurden überall die Petitionslisten gegen die dreijährige Dienstzeit, was freilich nicht hindert, daß bisher 600 000 Unterschriften eingelaufen sind. Es wurden weiter beschlagnahmt alle Flugblätter, Plakate, Ansichtskarten usw., die zur Agitation über die dreijährige Dienstzeit, zur Einberufung von Versammlungen usw. dienen. In der Generalkommission wurden allein 52 000 Ansichtskarten beschlagnahmt. Diese Karte stellt eine in Lumpen gehüllte Frauengestalt dar, die inmitten eines Schlachtfeldes stehend die Faust zum Himmel reckt. Darunter steht zu lesen: „Die dreijährige Dienstzeit ist der Krieg; der Krieg ist der Ruin.“ Sogar in dem in Clermont-Ferrand erscheinenden sozialistischen Wochenblatt, dessen Redakteur der bekannte, auf dem äußersten rechten Flügel der Partei stehende Genosse Varenne ist, wurde gehäusucht. In der letzten Nummer des Blattes hat Varenne auch sein Bedauern darüber ausgedrückt, daß die Soldaten sich zu Manifestationen hätten hinciren lassen. Gefunden wurden in der Redaktion Plakate gegen die dreijährige Dienstzeit, Agitationsmarken und Petitionslisten. Das gesamte Material wurde von der Polizei mitgenommen, was einfach einen Einbruchsdiebstahl darstellt. In der gleichen Weise ist überall vorgegangen worden.

Es kann sich also nicht um den Uebergang über die Dummheit eines einzelnen Polizeipräfekten handeln. Wieviel Kapital diese russische Regierungsweise billigen werden, wird sich bald zeigen. In Lyon, wo die Polizei ähnlich vorgegangen ist, hat schon der Gemeinderat, der sich in seiner Mehrheit aus Radikalen zusammensetzt, auf Antrag unserer Genossen und unterstützt von dem Bürgermeister Senator Herriot, eine Protestresolution gegen die Hausdurchsuchungen einstimmig angenommen.

31.

Wer bezahlen soll.

Der französische Finanzminister Dumont, der im Ministerium Barthou zu diesem Posten kam, nachdem er seine Anschauungen über die Verteilung der Lasten der neuen Militärvorlage geändert hatte, ist jetzt mit seinen Steueranschlägen fertig. Von den 200 Millionen frank neuer Steuern, die er ausgeschickt hat, kommen allein 145 Millionen auf die Erhöhung der verschiedenen Stempelsuern. Die Bescheßsteuer soll 29 Millionen mehr einbringen, die Wertpapiere sollen 29 Millionen schmücken.

Die ausländischen Wertpapiere 15 Millionen, die Eintragungsgebühren 51 Millionen, die Lebensversicherungen 5 Millionen usw. Der Schnaps soll neue 28 Millionen hervorbringen, der Absatz 10 Millionen, die elektrischen Lampen 1 1/2 Millionen, die Kinematographen 5 1/2 Millionen, die Gewinne der Bergbaugesellschaften sollen um 9 Millionen vermindert werden usw.

Die einzige Steuer, die man als eine Steuer der Reichen bezeichnen kann, ist die Leihsteuer. Fügt man noch hinzu, daß die außerordentlichen Ausgaben in Höhe von etwa 800 Millionen Mark durch eine Anleihe gedeckt werden sollen, wobei die Banken ein Geschäft machen und die Masse zu zahlen hat, wird man die ungeheilte Begeisterung der kapitalistischen Presse für die neue Militärvorlage zu würdigen wissen. Nichts ist angenehmer als Profit einzuflecken und andre zahlen zu lassen. Ob das französische Parlament — so rückständig es in finanziellen Fragen ist — mit dieser Verteilung der Lasten einverstanden sein wird, ist allerdings eine andre Frage.

Schon hat der Ministerrat angeht die Drohung mit einer Interpellation der gesamten Linken beschlossen, die Zinsen der Anleihe durch eine progressive Steuer auf die Einkommen von über 10 000 Frank zu verlangen. Das ist die erste Konzession. Es werden andre folgen müssen.

Eine Räubergeschichte.

Die „Liberté“, ein Pariser liberal-nationalistisches Subblatt, veröffentlicht mit handhohen Lettern ein Interview des bekannten Abbé Wetterlé, wonach dieser gesagt hat, daß Genosse Morizet, Redakteur der „Humanité“, und der ihn begleitende Genosse Grumbach schreckliche Dinge erzählt hätten. Genosse Morizet soll u. a. gesagt haben: „Der Antimilitarismus hat in Frankreich viel größere Fortschritte gemacht als man annimmt. In dem Regiment, in dem ich gebildet habe und in andern, werden die Soldaten im Kriegsfall ihre ersten Kugeln für die Offiziere reservieren. Und dann wäre es leicht, die Mobilisierung zu sabotieren. Wenn man z. B. die Brücke von Troyes in die Luft sprengt, wären alle Verbindungen der Armee der ersten Linie abgeschnitten.“

Der „Matin“ läßt sich durch seinen Straßburger Korrespondenten heiligt, daß der deutsche Reichstagsabgeordnete Wetterlé diese Räubergeschichte wirklich dem Redakteur oder „Liberté“ erzählt hat.

Wer Genossen Morizet kennt, weiß von vornherein, daß an der ganzen Geschichte kein wahres Wort sein kann. Wahr ist einzig, daß Genosse Morizet in Begleitung des Genossen Grumbach vor einigen Wochen mehrere bekannte politische Persönlichkeiten von Elsaß-Lothringen über die deutsch-französische Annäherung ausfragte. Alle haben diese als ihren schärfsten Wunsch erklärt. Das hat natürlich die nationalistische Presse Frankreichs in große Wut versetzt. Ihre Legende von der Sehnsucht der Elsaßler, Frankreich wieder einberleibt zu werden, war damit zerstört. Daher die Gegenanklage der „Liberté“, die, wenn man den Redakteuren der „Liberté“ und des „Matin“ glauben darf, nur beweisen würde, daß es der fromme Wetterlé mit der Wahrheit nicht genau nimmt.

Morizet und Grumbach dementieren übrigens die Räubergeschichte als erfunden. Morizet fügt hinzu, daß er vor 15 Jahren den Militärdienst verlassen hat und nie in Troyes gewesen ist, also rein materiell den erzählten Unfuss nicht gesagt haben konnte.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 29. Mai 1913.

Achtung, sozialdemokratische Wahlmänner!

Am Dienstag den 3. Juni haben die am 16. und 23. Mai gewählten Wahlmänner die Abgeordneten zum preussischen Landtag zu wählen. Es ist Pflicht jedes sozialdemokratischen Wahlmanns, an der Abgeordnetenwahl teilzunehmen und seine Stimme für unsere beiden Kandidaten, die Genossen Brandes und Haupt, abzugeben. Keine einzige Stimme darf verloren gehen! Jeder sozialdemokratische Wahlmann muß zur Stelle sein.

Unsre Jungen und Jürgen Brand.

Daß unsere Jugend in großer Zahl erscheinen würde, um Jürgen Brand zu begrüßen, war vorauszusetzen. Als sein Besuch vor einigen Tagen angemeldet wurde, gab es föhliche überall Vegetierung. Am Mittwochabend fand die Scharen angekommen; bald war der Saal des „Sachsenthofs“ befüllt, viele betamen nur noch einen Stuhlplatz. Eine bedauerliche Wahrnehmung mußte aber auch bei dieser prächtigen Veranstaltung gemacht werden: sehr wenig ältere Arbeiter hatten es der Mühe wert gehalten, einmal selbst zu hören, welchen Weg ihre Jugend geführt werden soll. Und die zuge Anteilnahme der organisierten Arbeiterchaft bei solchen Gelegenheiten wäre doch so überaus nützlich für die Jugendbewegung. Die Polizei läßt es deswegen an rühriger Aufmerksamkeit nicht fehlen. Im Saale waren zwei Beamte und überwachen die gefährliche Junge Gesellschaft. Draußen vor der Tür aber stand außerdem ein Schutzmännchen, der schon von weiten den Versammlungsbegehren anzeigen, daß hier der Eingang sei, damit niemand zu huten brauche. Jürgen Brand wurde natürlich stürmisch begrüßt, als er aus dem Saal trat. Er kann jetzt nicht mehr in der Schule lehren, eine hohe Schulbehörde hat ihn dazu für unwürdig erachtet, aber an Schülern und Lehrlinggesellschaften geht es ihm darum nicht. Er kann jetzt „Klasse“, die sich aus Hunderten zusammenzettel, unterrichten. Nie wird er in seiner Volksschule, wo er viel lehren mußte, das jemals Geistes fremd war, so viel freudige Zustimmung und Dankbarkeit geerntet haben als jetzt. Wo er zusammentritt mit ehemaligen Volksschülern im gemeinsamen Streben nach einem hohen Ziele, wo er Freund und Führer seiner Zuhörer ist, und aus Eignem geben kann. Sie lauschen seiner Rede mächtig auf. Er versteht auch die Jugend zu fesseln, trotzdem in seiner Rede nichts von Pathos zu finden ist, er wirkt durch die eindringliche Klarheit und die Wärme seiner Sprache. In allen Teilen seines Vortrags wußte er das Interesse mit reichen Mitteln der Darstellung wachzuhalten: als er die Mängel der Volksschule, die lebensfremd sei und dem jungen Menschen verweigert wenig für den Lebenskampf gebe, bloßlegte, und als er die Lust zu selbständigem Schaffen an der eignen Verwirklichung und dem gemeinsamen Werte der Arbeiterklasse zu wecken suchte. Die Zuhörerchaft dankte ihm durch lebhaften Beifall. Nach einigen Worten der Genossen Reimer und Müller wurde die Versammlung geschlossen.

Freireligiöse Gemeinde. Am Freitag den 30. Mai, abends 8 1/2 Uhr, findet im Gemeindehause, Marktstraße 1, eine Gemeindeversammlung statt.

Die Freireligiöse Gemeinde bezieht am Sonntag den 1. Juni, vormittags 9 1/4 Uhr, im Gemeindehause, Marktstraße 1, die Einführungsfeier des Herrn Predigers H. Köllin, wozu jedermann Zutritt hat. Aus demselben Anlaß wird im Prunksaal des „Fruchtenshofs“ von nachmittags 4 Uhr an ein Festabend stattfinden, wozu nur durch Mitglieder der Gemeinde eingeführte Gäste teilnehmen können.

— Tarifabschluß im Brauereigewerbe. Mit der Brauerei Budau wurde der mit dem Verband der Brauerei-Arbeiter abgeleitete Tarif wieder erneuert. Der Verein der Brauereiarbeiter fährt die Verhandlung. Der Syndikus, Herr Nagel, versuchte in der ersten Verhandlung eine Verlängerung des Tarifs bis zum Herbst herbeizuführen, wo die Tarife mit den übrigen Brauereien ablaufen, eventuell unter einer Lohnherhöhung. Das wurde von den Arbeitern abgelehnt. Darauf sollte die Arbeitszeitverkürzung ausgehandelt werden und auch der Urlaubstermin. Herr Nagel hat in drei Verhandlungen nichts weiter als zum Schluß 1,50 Mark Lohnherhöhung geboten. Als die Verbandsvertreter erklärten, als Mindestforderung 2,50 Mark zu verlangen, nebst Arbeitszeitverkürzung, erklärte Herr Nagel die Verhandlungen als gescheitert. Nach zweimaliger Verhandlung mit der Brauerei selbst wurde doch der Tarif abgeschlossen, und zwar auf ganz anderer Basis, wie das Herr Nagel wollte. Erreicht wurde 2 Mark Lohnherhöhung für alle Kategorien (Handwerker 4,50 Mark). Verkürzung der Arbeitszeit um 1/2 Stunde im Winter, Erhöhung des Urlaubs um zwei Tage, höhere Bezahlung der Überstunden sowie der Sonntagsarbeit. Vor allem wurde auch die Arbeitszeit des Fachpersonals geregelt. Wurden auch die Wünsche der Arbeiter nicht voll erfüllt, so haben sie doch einen schönen Erfolg erreicht, der zum Teil auch wieder von den anders organisierten mit eingestrichelt wird. Der Bund hat voriges Jahr noch auf 4 Jahre einen Tarif mit 9/10 Stunden abgeschlossen. Vor 3 Jahren hat der Verband die Arbeitszeitverkürzung allein erungen, dieses Mal wieder. Jedesmal steht auch der Bund die Erolge mit ein. Wären die Brauer einig, so wären die Erolge noch größer. Im übrigen ist diese Bewegung ein gutes Vorbild für den Herbst. Die Arbeiter in den andern Brauereien müssen allerdings auch so geschlossen organisiert sein wie in Budau.

— Zur Stadtverordneten-Erkaufung ist mitzuteilen, daß der vom Bürgerverein in Aussicht genommene Kandidat Odriner Heyneck wieder von der Kandidatur zurückgetreten ist. An seiner Stelle wurde der Privatmann Weder nominiert.

— Bevölkerungsbewegung. Nach Mitteilung des Statistischen Amtes der Stadt Magdeburg betrug in der Woche vom 11. Mai bis 17. Mai 1913 die Zahl der Lebendgeborenen 56 männliche, 59 weibliche, zusammen 115; der Gestorbenen 38 männliche, 36 weibliche, zusammen 74; innerhalb der Stadt Umgezogene (nach den Zuzugsmeldungen) 289 männliche, 303 weibliche, zusammen 592; von auswärtig Zugezogene 383 männliche, 388 weibliche, zusammen 771; nach auswärtig Fortgezogene 290 männliche, 226 weibliche, zusammen 516; mit unbekanntem Ziele Fortgezogene 155 männliche, 86 weibliche, zusammen 241; Eheschließungen 41.

— Mai-Ausstellung des Kunstvereins. Die Spigenausstellung aus der Spigenkunstschule in Düsseldorf kann leider nur noch heute Donnerstag gezeigt werden um am 1. Juni in Düsseldorf zu sein. Die gesamte Mai-Ausstellung und damit die letzte Ausstellung der Ausstellungsperiode 1912/13 schließt am Sonntag den 1. Juni. Die Freunde der Kunst dürfen daher nicht säumen, falls sie die reiche Ausstellung noch eingehend betrachten wollen.

— Arbeiterjugend. Die arbeitende Jugend der Altstadt trifft sich am Freitag, abends 8 1/2 Uhr, an der Zitadelle zu einer Spielturn nach der Seilerwiege. Das Erscheinen aller Jugendgenossen ist dringend notwendig. — Für die Neue Stadt findet heute abend eine Versammlung in der „Arone“ statt.

— Verjährte Schlagjahn? Der Konditor Herrmann Gottschling von hier verkaufte im Jahre 1912 Schlagjahn, der er Zucker und Vanille, bei heißer Witterung zum Schutz gegen Sauerwerden auch „Förstl III“ zugesetzt hatte. Direktor Dr. Kappeller stellte in der Schlagjahn, die 28 Prozent Fettgehalt haben muß, nur 17 Prozent fest. Es wurde daher eine Verjährung und Minderwertigkeit der Schlagjahn angenommen und Gottschling wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz angeklagt. Das Schöffengericht erachtete am 5. März d. J. eine Fälschung nicht für vorliegend und erkannte auf Freisprechung. Gegen das Urteil hatte die Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt, die am Mittwoch vor dem hiesigen Landgericht zur Verhandlung gelangte. Dr. Kappeller hält einen Zusatz von Formalin oder Formin für eine Verjährung, da die Schlagjahn dadurch schwerer verdautlich und minderwertiger wird. Der Gerichtschreiber Dr. Krüger begutachtet, daß ein Zuckerzusatz nicht als eine Verjährung anzusehen sei. Ebenso bilde der Zusatz von Formin in geringer Menge keine Verjährung, vielmehr eine Verbesserung der Schlagjahn, da er die Säure verhindere und sich bald wieder verflüchtete. Eine Fälschung durch diesen Zusatz erachte er nicht für erwiesen. Der Staatsanwaltschaftsrat Weich war gegenteiliger Überzeugung und beantragte 30 Mark Geldstrafe, wogegen der Verteidiger, Rechtsanwalt Viktorius, auf Freisprechung plädierte. Die Kammer nahm die Verjährung der Schlagjahn als nachgewiesen an und verurteilte den Angeklagten wegen jahrelängigen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz zu 30 Mark Geldstrafe ev. 5 Tagen Haft.

— Wie leicht man zu einer Anklage wegen Betrugs kommen kann, beweist folgende schöffengerichtliche Verhandlung: In der Thurn u. Wischeisen Farbemühle war seit Mitte März d. J. der Arbeiter Hermann A. beschäftigt. Herr Weich war mit seinen Arbeiter sehr zufrieden und erklärte deshalb am 5. April d. J. er werde A. 20 Wochenlohn von 20 Mark auf 25 Mark erhöhen; dafür müsse A. aber künftig statt einer Balze zwei bedienen. Um seine Zufriedenheit recht auszudrücken, ließ der Chef dem Arbeiter auch schon für die verstrichene Woche die 5 Mark Zulage auszahlen. Der feste die 25 Mark ein und legte dann die Arbeit nieder, weil er sich inzwischen lohnendere Arbeit verschafft hatte. Dadurch, daß er dies verschwiegen und die 5 Mark Zulage angenommen hatte, soll er sich des Betrugs schuldig gemacht haben, da er hätte wissen müssen, daß er die niemals bekommen hätte, wenn Weich gewußt hätte, daß er die Arbeit niederlegen werde. Das Gericht nahm an, daß Betrug nicht vorliege, und erkannte auf Freisprechung.

— Gestohlen wurden in der jüdischen Badeanstalt auf der Alten Elbe aus der Tasche eines Jacketts eine rote Brieftasche mit Ausweispapieren, auf Arbeiter Max Steinfeld von hier laufend; aus einem Keller in der Zollstraße mittels Einbruchs drei Seiten Speck und acht Seiten ungeschäffelter Speck; aus dem Flur des Hauses Morgenstraße Nr. 7 ein Fahrrad „Höller“ Modell 47 N (Fahrnummern 436747) mit schwarzem Rahmen, schwarzen Felgen, Freilauf mit Rücktrittbremse und nach oben gebogener Lenkstange; aus dem Flur des Sparfaßgebäudes ein Fahrrad „Reil“ mit schwarzem Rahmen, schwarzen Felgen und gerader Lenkstange; aus einer an der Schüttelhauffe in Budau belegenen Laube eine Sommerjoppe, eine Winterjoppe, ein Jackett und zwei Hosen.

— In Haft genommen wurden der Koppelknecht Benno W. aus Helmsdorf, der in der städtischen Badeanstalt auf der Alten Elbe einem Arbeiter aus der Tasche eines Kleidungsstücks ein Portemonnaie mit etwa 10 Mark und im Warteaal 3. und 4. Klasse des Hauptbahnhofs einen Schmied aus der Tasche ein Portemonnaie mit etwa 5 Mk. gestohlen hat; der Arbeiter Johannes H. von hier, der aus dem Gefängnis in Bismark entwichen ist.

— Ein Biberfeind. Trotz aller Schutzmaßnahmen wollen sich die Biber in der Elbe nicht recht vermehren und die Gefahr ihrer völligen Ausrottung ist leider sehr groß. Ein Wunder ist das freilich nicht, wenn man hört, in welcher rücksichtslosen Weise Personen, die mit der Fischerei zu tun haben, die Tiere während des Eisgangs tödlich schlagen. Im Januar und März dieses Jahres erschlug der vorbeiströmte Arbeiter Hermann Bötelmann zu Gommern, geboren 1870, der zugleich Fischereipächter ist, am Unkultkanal je einen Biber und ließ aus den Fellen für sich und seine Frau sehr schöne Pelzwaren herstellen. Zu der Verhandlung vor dem hiesigen Schöffengericht, die am Mittwoch stattfand, behauptete Bötelmann, viele Leute tödlichen Biber tot, und gab gleich dem anwendenden, besonders mit dem Biberjahn betrauten Beamten, den Namen und die Adresse eines Fischereiangestellter an, der besonders gegen die Biber wüte. Bötelmann wurde wegen Jagdvergehens zu 150 Mark Geldstrafe verurteilt. Die beschlagnahmten Biberpelze wurden eingezogen.

— Unfall. Der Arbeiter Heinrich Leh, kleine Storchstraße 8 wohnhaft, verstauchte sich am Mittwoch nachmittag bei der Arbeit auf dem Pferdewerk das linke Knie. — Der Tischler Max Marquard, Petersstraße 12 wohnhaft, geriet in der Eisenbahnhauptwerkstatt Salbitz mit der rechten Hand in eine Fräsmaschine, wodurch ihm drei Finger abgequetscht wurden. Beide Verletzten fanden im altstädtischen Krankenhaus Aufnahme.

— Von einem Omnibus überfahren. Bei der Rückkehr von einem Ausflug mit ihrem Fahrrad wurde am Mittwoch abend auf der Chaussee zwischen Luisenthal und Preßler die unbeteiligte Frida Träbert, Louisestraße 14 wohnhaft, von einem Omnibus überfahren. Mit schweren Kopfverletzungen wurde die bedauernswerte Mablerin in der Krankenanstalt Altstadt eingeliefert.

— Der verlorne Sohn. Der seit Montag vermehrte 10jährige Knabe Karl Hoppe aus der Fischeistraße hat sich wieder gefunden. Er hatte auf eigene Faust, ohne jemand etwas davon zu sagen, eine Fußreise zu seinen Großeltern in Groß-Immensen unternehmen.

Konzerte, Theater u.

(Mitteilungen der Direktoren.)

* **Hilflosia, Theater.** Der Direktor ist es gelungen, Herrn Franz Arnold vom Berliner Lustspielhaus, den allseitig beliebten und den Magdeburgern von seinen früheren Gastspielen her gut bekannten Komiker, für zwei weitere Gastspielabende zu verpflichten, und zwar für Sonnabend und Sonntag. Die Stücke werden noch bekanntgegeben. Mit der Aufführung des lustigen Schwanks „Die spanische Fliege“ hat das Theater den größten Erfolg der diesjährigen Spieljahre zu verzeichnen; die Direktion hat sich entschlossen, dieses Stück in das Repertoire aufzunehmen. Die erste Wiederholung dieses überaus lustigen Schwanks findet bestimmt Sonnabend statt. Bilette sind bereits heute in den Vorverkaufsstellen erhältlich. Am Freitag den 30. Mai, abends 8 1/2 Uhr, findet große Doppelvorstellung mit dem beliebten Komiker Franz Arnold in seiner Glanz- und Paraderolle als Lampenfabrikant Giesecke in den beiden Lustspielen „Im weißen Röhl“ und „Als ich wiederkam“, statt. Am Sonntag den 1. Juni, nachmittags 4 Uhr, geht das mit großem Feilerleistungserfolg aufgenommene Lustspiel „Die Generalprobe“ zum zehnten Male in Szene, und zwar zu kleinen Preisen.

Lezte Nachrichten.

Ruhhandel in Niederbarnim.

* Berlin, 29. Mai. Die vereinigten Konservativen in Nieder- und Oberbarnim hatten bekanntlich dem liberalen Wahlausschuß ein Kompromiß angeboten, wonach zwei konervative und ein liberaler Kandidat nominiert werden sollten. Der liberale Wahlausschuß ist darauf nicht eingegangen. Daraufhin hat der Wahlausschuß der Konservativen neuerdings beschlossen, nur ein Mandat den vereinigten Konservativen und zwei Kandidaten den vereinigten Liberalen zu geben. Grundlegend für diesen Beschluß war, auf jeden Fall zu verhindern, daß durch die Uneinigkeit der bürgerlichen Parteien alle drei Mandate der Sozialdemokratie zufallen könnten. Antwort sollen die Fortschrittler bis zum 30. Mai geben.

Mb. Paris, 29. Mai. In dem Aufruf, den der Allgemeine Arbeiterverband aus Anlaß der letztägigen Hausdurchsuchungen erlassen hat, heißt es: „Die Hausdurchsuchungen sind in Abwesenheit des Leiters der Gewerkschaft und der Verbände statt. Wenn unter den von der Polizei beschlagnahmten und mitgenommenen Papieren plötzlich kompromittierende Schriftstücke erbeutet werden sollten, dann fragen wir, welche geschäftliche Bürgschaft ist uns dafür geboten, daß diese Schriftstücke nicht für die Zwecke der Auflage gesammelt worden sind?“

Mb. Paris, 29. Mai. Die „Bataille Socialiste“ schreibt über die vom Ministerpräsidenten Barthou in der gestrigen Senatsitzung angekündigte strafrechtliche Verfolgung des Allgemeinen Arbeiterverbandes. Wie will die Regierung diese Verfolgung einleiten? Wie will sie dem Allgemeinen Arbeiterverband auflösen? Sie müßte zu diesem Zweck alle Gewerkschaften, alle Verbände und alle Arbeitsböden unterdrücken, kurz das ganze Gebäude zerstören, das die Arbeiter in Frankreich zur Verteidigung ihrer Rechte und Freiheit errichtet haben. Die Führer der Arbeitervereinigungen warten mit Ruhe und Neugierde die neuen Selbsttaten des Ministeriums ab.

Mb. London, 29. Mai. Nach der „Times“ ist es so gut wie sicher, daß der Friedensvertrag morgen von sämtlichen Delegierten unterzeichnet wird.

Mb. Petersburg, 29. Mai. Auf dem Marine-Schießplatz ereignete sich während eines Versuches zu schießen mit 75-Millimeter-Geschützen eine Explosion. Ein Obermaat ist getötet, ein Leutnant ist schwer und zwei Matrosen leicht verletzt.

Mb. Petersburg, 29. Mai. In der gestrigen Sitzung der Duma hielt der Sozialdemokrat Tscheliche bei der Beratung des Budgets eine die orthodoxe Kirche angreifende Rede. Als ihm darauf das Wort entzogen wurde, protestierten der Redner und das Mitglied der Arbeiterpartei Kerenstky mit dem Hinweis auf die Redefreiheit gegen diese Maßregel. Nach weiterer Erörterung wurde Tscheliche von drei und Kerenstky von fünf Sitzungen ausgeschlossen. Infolge dessen verließ die gesamte Opposition zum Zeichen des Protestes den Saal, worauf der Präsident unter dem Beifall der Rechten und der Nationalisten die Sitzung schloß.

Mb. Konstantinopel, 29. Mai. Wie verlautet, ist der Waffenstillstand zwischen der Türkei und Bulgarien auf unbestimmte Zeit verlängert worden.

Pc. Sofia, 29. Mai. Die serbisch-bulgarische Spannung hat sich durch die gestrige Skuptschinrede des serbischen Ministerpräsidenten Pajtsich erheblich verschärft. Selbst in bisher noch friedlich gestimmten Kreisen herrscht über den chauvinistischen Ton der Rede und über die Behauptung Pajtsichs, daß Bulgarien sich eines Vertragsbruchs schuldig gemacht habe, heftige Erregung. Die Forderung nach einer kriegerischen Lösung der Differenzen wird immer dringender. Zahlreiche österreichische Offiziere und ungarische Aerzte sind hier eingetroffen, um im Falle eines Krieges mit Serbien als Freiwillige auf bulgarischer Seite zu kämpfen. Ebenso befinden sich gegenwärtig verschiedene Albanerhefen in Sofia, die sich der bulgarischen Regierung für den Banderkrieg zur Verfügung gestellt haben.

Wettervorhersage.

Freitag, 30. Mai: Zunehmende Bewölkung, warm, vielfach Gewitter.

H. LUBLIN

Donnerstag
Freitag
Sonnabend

Großer Handschuh- u. Strümpfe-Verkauf!

Enorme Quantitäten in
Damen-Strümpfen, Kinder-Strümpfen, Herren-Socken, Damen-Handschuhen u. Herren-Handschuhen
von außerordentlicher Preiswürdigkeit!

Handschuhe

Damen-Handschuhe 2 Dnd. glatt Zwirn	35
Damen-Handschuhe 2 Dnd. durchbrochen	
Herren-Handschuhe 1 Dnd. glatt Zwirn	
→ Jedes Paar →	
Lange Damen-Handschuhe 12 Knopf, glatt, lang, gelb u. couleur, durchbr.	60
Damen-Handschuhe 2 Dnd. Zwirn u. Leder-Zmit., La. Ausstattung	
Herren-Handschuhe 1 Dnd. porz.	
→ Jedes Paar →	
Damen-Handschuhe 2 Dnd. - Marke „Dagmar“	95
Herren-Handschuhe 1 Dnd. - Marke „Dagmar“	
Damen-Halbhandschuhe 40 cm lang - Seidenflet.	
→ Jedes Paar →	

Halbhandschuhe

Halbhandschuhe ohne Finger, à jour-Stoff, ca. 40 cm lang	9
Halbhandschuhe Blumenmuster, ca. 38 cm lang	25
Halbhandschuhe Eilt-Flet, ca. 45 cm lang	55
Seidene Halbhandschuhe à jour-Stoff, ca. 40 cm lang	65
Seidene Halbhandschuhe elegante Phantasie-Muster, ca. 40 cm lang	145
Kinder- Halbhandschuhe ohne Finger, weiß gemustert, ca. 35 cm lang	25

Strümpfe

Damen-Strümpfe englisch lang, schwarz und lederfarbig	35
Herren-Socken Fil d'Ecosse, feinfarbig	
Herren-Socken bunt geringelt	
→ Jedes Paar →	
Damen-Strümpfe englisch lang, à jour und Laufmaschinen, verschiedene Farben	50
Damen-Strümpfe Louisiana, in schwarz und lederfarbig	
Herren-Socken bunt changiert	
→ Jedes Paar →	
Damen-Strümpfe Flor, Kuffeln, schwarz, leder, champagne, grau	80
Damen-Strümpfe Flor à jour, schwarz, lederfarbig	
Herren-Socken Seide, mit Flor Spitze und -ferse, schwarz, feinfarbig	
→ Jedes Paar →	

Ein Posten
Bunte Kinder-Söckchen **35** Größe 5 bis 1 **25**
mit Jacquardrand Gr. 7 u. 6 Paar

Herren-Schweiß-Socken	Paar 75 bis	10
Herren-Makko-Socken	Paar 48 bis	23
Herren-Reform-Socken	Paar 55 bis	30

Ein Posten
Kinder-Söckchen Fil d'Ecosse **30**
mit gestreiftem Rand
in Größen 2 4 5 6 Paar

Kinder-Söckchen

Prima Baumwolle schwarz und lederfarbig	Paar 38 bis	15
Makko, mit Wollrand in reizenden Dessins	Paar 55 bis	30

Ersatz-Füße **15**
in schwarz und lederfarbig
Paar 25 20

Kinder-Strümpfe

2fach Baumwolle, ohne Naht englisch lang, schwarz und lederfarbig	Paar 75 bis	20
3fach Makko, ohne Naht englisch lang, schwarz und lederfarbig	Paar 85 bis	45

Hervorragend preiswertes Sommer-Trikotagen Angebot in

	Größe 6	5	4	
Herren-Hemden gelb Trikotstoff	1.10	1.00		90
Herren-Hemden gelb Trikotstoff, Kordel- und Achselabschluss	1.95	1.80		1.65
Herren-Hemden gelb Makkostoff	2.35	2.20		2.05
Herren-Hemden aus gelbem, porösem Trikotstoff	1.90	1.75		1.60
Herren-Hemden aus gelbem, porösem Trikotstoff	2.65	2.45		2.25
Directoire - Hosen (Trikot, Baumwolle, verschiedene Farben St. 3.75 2.75 2.25 1.90 1.45 85)				70

	Größe 6	5	4	
Herren-Einsatzhemden aus weißem, glattem Trikotstoff	1.40	1.30		1.20
Herren-Einsatzhemden aus weißem, glattem Trikotstoff, mit elegant. Einlagen	2.65	2.45		2.25
Herren-Einsatzhemden aus gelbem, glattem Trikotstoff, mit sehr abartigen Einlagen	2.75	2.50		2.25
Herren-Einsatzhemden aus gelbem, porösem Trikotstoff, mit hoch- artigen Einlagen	2.90	2.70		2.50
Herren-Einsatzhemden aus weißem, porösem Trikotstoff, mit fein gemusterten Einlagen	3.00	2.80		2.60

	Größe 6	5	4	
Herren-Hosen aus gelbem Trikotstoff	1.05	95		85
Herren-Hosen aus gelbem Trikotstoff	1.80	1.65		1.50
Herren-Hosen aus gelbem Makkostoff	2.00	1.85		1.70
Herren-Hosen aus gelbem, porösem Trikotstoff	2.00	1.85		1.70
Herren-Hosen aus gelbem, porösem Makkostoff	2.35	2.15		1.95
Kombinationen (Hemd-Hosen), weiß gestreifte Baumwolle, garniert und ungarniert St. 3.75 3.25 2.50 1.55				1.10

Extra-Angebot! Ein großer Posten **Binder-Foulard** imitiert, gestreift und punktiert Stück **55**

1. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 124.

Magdeburg, Freitag den 30. Mai 1913.

24. Jahrgang.

Deutscher Reichstag.

158. Sitzung.

Berlin, 28. Mai, nachm. 2 1/2 Uhr.

Am Bundesratsitz: Dr. Delbrück.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Interpellation **Wrecht (Soz.)** und Genossen betreffend **Einschränkung des Vereins- und des Pressegesetzes in Elsaß-Lothringen.**

Staatssekretär Dr. Delbrück erklärt sich bereit, die Interpellation Ende der Woche zu beantworten.

Es folgt die zweite Beratung des

Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes.

§ 1 lautet nach dem Kommissionsbeschluß: Deutscher ist, wer die Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaat oder die unmittelbare Reichsangehörigkeit besitzt.

Ein Antrag **Fetzog** beantragt Wiederherstellung des § 1 der Regierungsvorlage, wonach die Reichsangehörigkeit durch die Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaat erworben wird.

Abg. Landsberg (Soz.):

Wir hoffen, daß in einer nahen Zukunft das Prinzip der unmittelbaren Reichsangehörigkeit allein zur Durchführung gelangt, da wir den lebhaften Wunsch haben, daß jeder Bürger des Reiches das Bewußtsein haben möge, unmittelbarer Angehöriger des Deutschen Reiches zu sein. Wir behalten uns vor, eine Resolution in diesem Sinne zu unterbreiten.

Den Antrag auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage lehnen wir ab. Der Entwurf der Regierung hatte zum Ausgangspunkt den § 21 des jetzigen Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes, wonach nach Fünfjährigem Aufenthalt im Ausland ein Deutscher seiner Reichsangehörigkeit verlustig ging, wenn der Deutsche es unterlassen hatte, seinen Namen in die Matrikel des zuständigen Konsuls einzutragen zu lassen. Die Erkenntnis der Notwendigkeit diese Bestimmung zu beseitigen seitens der Regierung, kommt der Reichstag dazu benutzen, um das Gesetz überhaupt von dem Staube der Vergangenheit zu reinigen. Diese günstige Lage hat die Kommission leider nicht genügend ausgenutzt. Sie hat zwar den Regierungsentwurf in Einzelheiten verbessert, ist dabei aber mit unbekennbarer Zaghaftigkeit vorgegangen, hat wertvolle Anträge zurückgewiesen, ja sie hat sogar

eine erhebliche Verschlechterung des Rechtszustandes

gutgehen. Diese liegt darin, daß fortan nicht mehr jeder Bundesstaat souverän ist auf dem Gebiet der Einbürgerung. (Hört, hört! h. d. Soz.) Es können vielmehr von einer der übrigen Bundesstaaten Bedenken gegen die Einbürgerung erhoben werden und die Entscheidung, ob das Bedenken berechtigt ist, trifft der Bundesrat. Diese erhebliche Verschlechterung im § 7a des Gesetzes wird dadurch nicht behoben, daß man hineingeschrieben hat, die Bedenken müßten auf Tatsachen gestützt werden.

Wir haben in der Kommission nach verschiedenen Richtungen Anträge gestellt, deren Annahme dem wahren Fortschritt erheblich gebietet hätte. Zunächst haben wir die Gleichberechtigung der deutschen Frauen beantragt. Nach dem Gesetz verlieren die deutschen Frauen in dem Augenblick der Eheschließung ihre Staats- und Reichsangehörigkeit. Die deutsche Frau wird also behandelt als ein Appenzler des Mannes, den sie heiratet. Aber unser Antrag, der Frau das gleiche Recht zu gewähren, das der Mann hat, wurde von sämtlichen bürgerlichen Parteien abgelehnt. Es ist unbegreiflich, daß dieselben Herren, die sonst das Nationalgefühl so außerordentlich hoch schätzen, eine deutsche Frau mit dem Verlust der Reichsangehörigkeit bestrafen, wenn sie einen Ausländer heiratet. Noch dazu in einem Gesetz, das nach der Absicht seiner Väter dem Deutschtum Kräfte erhalten soll. Ueber die Proteste der Frauen hat man sich hinweggesetzt, was um so wunderbarer ist in einer Zeit, in der sich alle Parteien zu wech die politische Mithilfe der Frauen recht gern gefallen lassen und sogar sagen Amazonenkorps gebildet haben. Sollen denn die Frauen lediglich Pflichten haben und keine Rechte? Man hat gesagt, das Band der Ehe sei so innig, daß für verschiedene Nationalitäten innerhalb der Ehe kein Raum sei. Als ob die deutsche Frau nicht mehr deutsch empfinde, wenn sie nicht mehr den deutschen Namen hat. Mit demselben Rechte könnte man verlangen, daß in einer Ehe nur das religiöse Bekenntnis des Mannes gelten dürfe.

Dann hat man gesagt, eine Reihe von Gesetzen und internationalen Verträgen hätten die Zugehörigkeit der Eheleute zum gleichen staatlichen Verband zur Voraussetzung. Angenommen, das wäre richtig, so möchte ich doch fragen,

sind denn die Menschen um der Gesetze und Verträge wegen da, oder die Gesetze und Verträge der Menschen wegen?

(Sehr gut! h. d. Soz.) Der Deutschen, die einen Staatenlosen heiratet, will die Kommissionmehrheit die deutsche Staatsangehörigkeit lassen. Hier scheint also die Ehe nicht als ein so inniges Band angesehen zu werden, daß es in ihr nicht verschiedene Staatszugehörigkeiten geben dürfte. Eine Konsequenz des durch die Vorlage geschaffenen Rechtszustandes muß sein, daß auch eine Ausländerin, die einen Deutschen heiratet, ihre Staatsangehörigkeit behält. Wir beantragen für diesen Fall, ihr ein Recht auf den Erwerb der Staatsangehörigkeit des Mannes zu geben.

Wir haben weiter beantragt, daß Deutschen der Erwerb einer andern deutschen Staatsangehörigkeit erleichtert werden soll. Schon jetzt hat jeder Deutsche ein Recht auf Aufnahme in jeden Bundesstaat, wenn nicht das Freizügigkeitsgesetz seine Abweisung oder Ausweisung gestattet. Es ist nicht einzusehen, warum dann noch die Behörden bei der Frage der Aufnahme überhaupt mitzureden haben sollen. Jeder Deutsche wird selbstverständlich dort, wo er seinen Wohnsitz nimmt, auch Staatsbürger sein wollen. Die verbündeten Regierungen haben diesem unserm Antrag widersprochen obgleich sie sich damit selbst mit ihrer Absicht in Widerspruch setzen, die mehrfache Staatsangehörigkeit innerhalb des Deutschen Reiches im Prinzip abzuheben. Die verbündeten Regierungen haben gegen unsern Antrag eingewendet, man müsse

darauf sehen, daß jeder Deutsche einen Ausweis für seine Staatsbürgerschaft habe. Nun, ich weiß nicht, ob auch nur jeder hundertste Deutsche in der Lage ist, seine Staatsbürgerschaft durch ein Papier nachzuweisen, wenn unter den Vorfahren einer als Beamter eingestuft wurde und dadurch das Staatsbürgerrecht erhielt. (Sehr gut! links.) Wir haben weiter den Eventualantrag gestellt, das Staatsbürgerrecht an den Erwerb des Unterstützungswohnplatzes zu knüpfen. Das hiergegen erhobene Bedenken, daß Bayern den Unterstützungswohnplatz noch nicht habe, ist dadurch beseitigt, daß Bayern den Antrag beim Bundesrat gestellt hat, das Gesetz über den Unterstützungswohnplatz auch in Bayern einzuführen.

Schließlich haben wir in der Kommission den Versuch gemacht, persönlich einwandfreien Ausländern, die eine gewisse Zeit in Deutschland gewohnt haben,

ein Recht auf Einbürgerung

zu gewähren, mindestens aber solchen Ausländern, die aus der Ehe zwischen einem Ausländer oder Scimatlofen und einer bis zur Eheschließung deutschen Frau hervorgegangen sind, endlich solchen Ausländern, die in Deutschland geboren sind und sich bis zur Volljährigkeit ohne wesentliche Unterbrechung in Deutschland aufgehalten haben. Personen der letzten Kategorie sind doch zweifellos Deutsche, sie haben keine andre Heimat, haben deutsche Schule und Bildung genossen und ihre Duldung in Deutschland beweist am besten, daß gegen sie nichts einzuwenden ist. Infolgedessen ist es ein dringendes Gebot, wenigstens diesen Deutschen einen Anspruch auf die Einbürgerung zu geben. Man hat das abgelehnt, weil angeblich nirgendwo in der Welt ein Recht für Ausländer auf Einbürgerung bestehe. Wenn unsere Anträge gut sind, so würde doch kein Grund sein, sie abzulehnen, am allerwenigsten in einem Lande, das doch bekanntlich in der Welt voran ist. (Sehr gut! h. d. Soz.) Aber eine ganze Reihe von Staaten haben gesetzliche Bestimmungen, die unsern Anträgen vollkommen entsprechen, so Belgien, Frankreich, Italien — also Staaten, in denen doch ein Nationalitätsgefühl herrscht, das man uns gern als Vorbildlich hinstellt. (Sehr gut! h. d. Soz.) Der Entwicklung dieses Nationalitätsgefühls scheint aber das Einbürgerungsrecht für solche „Ausländer“ in keiner Weise hinderlich zu sein. Wir aber haben nicht einmal die Bestimmung durchsetzen können, daß Familien, die seit zwei Generationen in Deutschland leben, bis zum Beweis des Gegenteils als Deutsche zu gelten haben. Wenn die Behauptung, daß kein Staat jemals so weit gegangen sei, wie es Deutschland nach unsern Anträgen tun soll, so richtig wäre, als sie in Wirklichkeit falsch ist — was würde das besagen? Wo in aller Welt ist ein Staat, der die Einbürgerung so weit einschränkt, wie Deutschland und namentlich Preußen. Nennen Sie mir einen Staat — natürlich von Ausland abgesehen —, der grundsätzlich

Gefinnungen ächtet,

wie es Preußen tut, für den die Einbürgerung eines Sozialdemokraten oder eines freigewerkschaftlich organisierten niemals in Betracht kommt und der durch seine Polizei bei jedem Einbürgerungsantrag nachforschen läßt, ob der Mann nicht vielleicht sozialdemokratische Versammlungen besucht oder sozialdemokratische Zeitungen liest? (Hört, hört! h. d. Soz.) Nennen Sie mir einen Staat, der es fertigbekommen würde, Heimatlöse so zu behandeln, wie das Preußen gegenüber den Unglücklichen tut, die durch eine unglückliche Bestimmung des dänischen Staatsrechts zu Staatenlosen gemacht und nun ein Gangball sind in den Händen der preussischen Behörden! Geht ein dieser 2000 Staatenlosen in der Nordmark Preußens eine Ehe ein, sei es mit einer Dänin, einer Staatenlosen oder einer Preusin, dann wird von ihm verlangt, daß er aus dem Gebiet, in dem er sein ganzes Leben lang gewohnt, wo er seine Familienbeziehungen hat und die Arbeitsverhältnisse kennt, abwandert nach dem rein deutschen Gebiet, dessen Sprache er nicht einmal beherrscht; und wenn er sich nicht fügt, wird er ausgewiesen, mit seiner Frau, auch wenn diese bis zu ihrer Verheiratung Deutsche gewesen ist. (Hört, hört! h. d. Soz.) Unter diesen Verfolgten sind Leute, deren deutsche Staatsangehörigkeit von preussischen Gerichten festgestellt ist, was alle die Verwaltungsbehörden nicht gelten lassen. Und es sind darunter, wie Abg. Hanssen hier mitgeteilt hat, Männer, die in der deutschen Armee gedient, ja sogar solche, die

ihr Blut im Kriege für Deutschland vergossen

haben. (Lebhaftes Hört, hört! h. d. Soz.) Die preussische Regierung hat diese Angaben nicht dementiert! (Zuruf h. d. Soz.: Echt preussisch!) Wo ist schließlich ein Staat, von Ausland immer abgesehen, der Einbürgerungsanträge verschieden beurteilt, je nach dem Glaubensbekenntnis des Antragstellers und der namentlich Juden unbedingt zurückweist, wenn sie nicht gerade besondere Protektion haben. Wenn ein solcher Mißbrauch getrieben wird mit dem „freien Ermessen“, dann muß dem durch gesetzliche Bestimmungen ein Ende gemacht werden. Die Kommissionmehrheit aber hat den § 7a beschlossen, der die preussische Praxis auf das ganze Reich überträgt, so daß jenerhin kein Bundesstaat eine liberalere Praxis walten lassen darf. Man sagt, daß dies im Interesse des Reiches nötig sei. Aber das Reich ist 42 Jahre lang ohne diese Bestimmung ausgekommen und dadurch nicht gefährdet worden. Kann man einem Bundesstaate das Vertrauen nicht entgegenbringen, daß er nicht selbst prüfen wird, ob eine Einbürgerung dem Wohle des Reiches nachteilig sein würde? Denkt man den Gedanken zu Ende, daß das Reich überall da eingreifen dürfe oder müsse, wo es interessiert ist, so kommt man zu eigentümlichen Konsequenzen, die vielleicht der Regierung nicht sehr gefallen werden. Schließlich geschieht nichts in einem Bundesstaat, was nicht für das Reich von Interesse wäre. Wenn zum Beispiel in einem Bundesstaat ein Wahlsystem bezieht, das elend und widerwärtig und dessen Reform „eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart“ ist, das

die breiten Massen der Bevölkerung entrechtet

und sie deshalb landesverdrissen und reichsverdrissen macht (stürmisches Sehr gut! h. d. Soz.), wollen Sie dann dem Reich die Möglichkeit geben, dieses Wahlsystem von sich aus zu ändern? (Erneutes lebhaftes Sehr gut! h. d. Soz.) Konsequenz wäre es eigentlich. Man hat sich begnügt, in dem § 7a zu sagen, daß die Bedenken, die ein Bundesstaat gegen eine Einbürgerung erhebt und über die der Bundesrat entscheidet, nur auf Tatsachen gestützt werden können, welche die Befugnis rechtfertigen, daß die Einbürgerung des Antragstellers das Wohl des Reiches oder eines Bundesstaates gefährden würde. Wer kontrolliert das? Schon jetzt wird doch kein Bundesstaat sich mit dem mächtigen Preußen in Widerspruch gesetzt haben. Denken Sie doch daran, wie manche Bundesstaaten bei den Schiffschrittsabgaben ihre wichtigsten Interessen Preußen geopfert haben! Die preussische Regierung hat uns versichert, daß konfessionelle Momente nicht in Betracht kommen sollen, ebensowenig wie bisher. Aber am 5. Februar 1901 verordnete der preussische Minister des Innern: „Nach den in dieser Beziehung bestehenden Grundsätzen ist die Naturalisation der im Inland gebornen oder aufgewachsenen Söhne ausländisch-jüdischer Gewerbetreibender im allgemeinen auf die Fälle zu beschränken, in denen die Erfüllung der Militärdienstpflicht nach amtärztlichem Gutachten als gesichert zu erachten ist; Ausnahmen sollen nur zugelassen werden, wenn besondere Umstände in dem einen oder andern Falle die Einbürgerung als im staatlichen Interesse wünschenswert erscheinen lassen.“ Die preussische Regierung hat erklärt, sie könne nicht zugeben, daß dieses Schreiben das Bestehen besonderer Grundsätze für die Behandlung der Einbürgerungsanträge ausländischer Juden in Preußen beweise. (Hört, hört! links.)

In Königsberg lebt eine ganze Anzahl russischer Kommissionsräte, deren Tätigkeit für die beiderseitigen Handelsbeziehungen so notwendig ist, daß man ihnen auf Verwendung der Handelskammer die Niederlassung gestattet hat. Eine ganze Reihe dieser Kommissionsräte hat deutsche Frauen geheiratet. Diese deutschen Frauen haben die größten Schwierigkeiten zu überwinden, damit man auch ihnen das Verweilen im Inland gestattet. (Hört, hört!) Die Söhne aus diesen Ehen aber werden, wenn sie das 9. Lebensjahr erreichen, aus Preußen ausgewiesen und nur ausnahmsweise wird diese Verfügung dann zurückgenommen, wenn durch treuarztliches Attest bescheinigt wird, daß es unzulässig ist, das in Betracht kommende Kind von seinen Eltern zu trennen. Aber — konfessionelle Momente spielen keine Rolle! (Hört, hört!)

Den § 7a sehen wohl einige geringe Verbesserungen gegenüber, so daß der Witwe oder geschiedenen Frau, die vor ihrer Verheiratung Deutsche war, ein Einbürgerungsrecht nach der Trennung der Ehe durch Tod oder Urteil gewährt wird, aber nur, wenn sie unbescholten ist — und was preussische Behörden für eine Auffassung von Unbescholtenheit haben, hat der Fall Düwels uns gezeigt, wo ein junger Mensch die Unbescholtenheit dadurch verlor, daß er wegen Uebertretung des Reichsvereinsgesetzes zu 3 Mark Geldstrafe verurteilt worden war. (Hört, hört!) Auch Ausländer, die im Heere gedient haben, erhalten ein Einbürgerungsrecht, aber auch in sehr zaghafter Weise. Wenn ein Ausländer ein Jahr im deutschen Heere gedient hat, und dann den Einbürgerungsantrag stellt, dann soll er es sich gefallen lassen müssen, daß die Verwaltungsbehörde endgültig darüber entscheidet, ohne daß er das Recht hätte, auf die Entscheidung einer Gerichtsbehörde anzutragen. Die Phrase, daß das Wohl des Reiches oder eines Bundesstaates durch seine Einbürgerung gefährdet würde, wird mit derselben Leichtigkeit aus der Feder der Verwaltungsbehörde fließen, wie jetzt die stereotypische Redensart: Der Einbürgerungsantrag wird zurückgewiesen, weil kein staatliches Interesse für ihn vorliegt. Das Verwaltungstreibverfahren muß zulässig sein in all den Fällen, wo das Gesetz ein wenn auch nur bedingtes Recht auf Einbürgerung einem Nichtdeutschen gewährt, sei er früher Deutscher gewesen oder nicht. Ich hoffe, daß es mir gelungen ist, Sie von der Richtigkeit meiner Gründe zu überzeugen. (Lebh. Beif. h. d. Soz.)

Abg. Dr. Belzer (Str.): Ganz so schlecht ist der Entwurf denn doch nicht. Wir erwarten von dem Gesetz eine wesentliche Förderung des Deutschtums. Im allgemeinen sollen Ausländer nur naturalisiert werden, wenn Deutschland einen Gewinn davon hat. Wir wollen nicht, daß Massen von galizischen Hausierern oder mittellosen russischen Arbeitern naturalisiert werden. (Sehr richtig! im Zentrum.)

Abg. Beck (Weidberg, natl.): Auch wir sind der Ansicht, daß das Gesetz einen Fortschritt bedeutet. Im gewissen Sinne müssen auch politische Momente ausschlaggebend sein für die Naturalisation, denn man kann dem Staate nicht zumuten, daß er Elemente aufnimmt, von denen er weiß, daß sie staatsfeindliche Bestrebungen verfolgen. Das würde auch im Zukunftsstaat geschehen.

Abg. Dr. Giese (natl.) erklärt das Einverständnis seiner Partei mit den Fraktionsbeschlüssen und meint, daß man den Ausländern nicht ein so weitgehendes Recht auf Erwerbung der Staatsangehörigkeit zuerkennen könne, wie es die Sozialdemokraten wollen.

Abg. Dr. Mund (Ffr. Sp.): Wir begrüßen besonders freudig die Bestimmungen über den Erwerb einer direkten Reichszugehörigkeit. Deshalb ist es bedauerlich, daß der Grundsatz, daß die Geburt und Erziehung in einem Lande die Staatszugehörigkeit in diesem Lande ohne weiteres zur Folge hat, nicht durchgedrungen ist. Dieser Gedanke ist uralten germanischen Ursprungs. (Hört, hört! h. d. Soz.) Den zu weit gehenden sozialdemokratischen Anträgen können wir nicht zustimmen.

Abg. Dombel (Vole) spricht über die Behandlung polnischer Arbeiter in Preußen und über die Ausweisungspraxis der polnischen Polizei.

Abg. v. Liebert (Natl.) begrüßt das Gesetz. Jeder Deutsche, der sich der französischen Fremdenlegion verschreibt, sollte als Paria aus dem deutschen Volk für immer ausgeschlossen sein.

Abg. Fetzog (Wirtsch. Vg.) lobt den Ausdruck „Reichsangehöriger“, der einen über den staatlichen Rahmen hinausgehenden völkischen Inhalt hat.

Abg. Dr. Soreg (Natl.) führt Klage über unbescholtene Verweigerung der Naturalisation in Elsaß-Lothringen.

Damit schließt die Debatte. § 1 wird in der Kommissionsfassung angenommen.

Sieauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag.

Aus der Parteibewegung.

Sozialdemokratischer Wahlverein für Halle-Saalkreis. Die Generalversammlung wurde am Sonntag abgehalten. Die Mitgliederzahl beträgt 7961. Im April erfolgte die Anstellung eines zweiten Sekretärs. Die Landtagswahl brachte einen Zuwachs von 3000 Stimmen. Es wurden 10 121 sozialdemokratische Stimmen abgegeben, und 212 Wahlmänner wurden erwählt. Die Beteiligung an der Abgeordnetenwahl wurde aber wegen Ausbleibens abgelehnt. Gegen leitende Genossen, die sich an der Wahl nicht beteiligt haben, soll vorgegangen werden. Weiter wurde beschlossen, die Einbringung der täglichen Unterhaltungsbeilage beim Volksblatt vorzubereiten. Auch soll im laufenden Jahre wieder eine Sitzung der Gemeindevorsteher im Kreise abgehalten werden. —

Eine beleidigte Strafkammer. Am 6. November 1912 enthielt der „Vorwärts“ einen Artikel, in dem er mitteilte, daß von der Wöttinger Strafkammer zwei freitende Arbeiter zu je 30 Mark Geldstrafe wegen Nötigung Arbeitswilliger verurteilt worden seien. Der eine habe gegen die nicht freitenden Arbeiter eine nicht zu billige Äußerung getan, der andre freitende Arbeiter, namens Flanagan, habe jedoch kein Wort gesagt, sondern nur dabei gestanden. Flanagan sei aber ebenfalls vom Schöffengericht zu hantw. Münden und von der Strafkammer zu Wöttingen verurteilt worden, weil er durch sein Schweigen die mißbilligenden Worte des andern freitenden Arbeiters moralisch unterstützt habe. Der „Vorwärts“ knüpfte daran die Bemerkung, daß nicht mehr geäußert werden könne, daß wir eine Klassenjustiz hätten. Freitende Arbeiter würden auf alle Fälle verurteilt, gleichviel, ob sie etwas getan haben oder nicht. Daraufhin stellte der Präsident des Städtischen Landgerichts Straf Antrag gegen den verantwortlichen Redakteur Genossen Bielepp wegen Beleidigung der Wöttinger Richter. Die Berliner Strafkammer verurteilte ihn zu 200 Mark Geldstrafe oder 30 Tagen Gefängnis. —

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Neue Schwierigkeiten im Baugewerbe. Es war vorauszusetzen, daß die Wiederaufnahme der Arbeit nach Annahme des neuen Schiedspruchs im Baugewerbe nicht glatt verlaufen werde. Einmal könnten verschiedene Unternehmer einzelner Städte und Bezirke sich mit der ertretenen Blamage nicht so ohne weiteres abfinden, dann aber begegnen sich Unternehmer- und Gehilfen-Organisationen vielfach in dem Wunsche, vor Wiederaufnahme der Arbeit zunächst die örtlichen Verhandlungen über die den Orten verbleibenden Differenzen zu erledigen.

Wenigerwertig ist, daß der neue Schiedspruch vom Unternehmerverband nur mit geringer Mehrheit angenommen wurde, zwei Gaueverbände lehnten ihn ab, und zwar Rheinland-Wezialen einseitig und Norddeutschland mit großer Mehrheit. Der Gau Rheinland-Wezialen ist darum zur offenen Opposition übergegangen. Der Vorstand dieses Gaueverbandes verabschiedete am 21. Mai ein Zirkular, in dem er seinen Mitgliedern mitteilt, daß die Betriebe geistert werden „zu den vom Arbeitgeber-Verband aufgestellten Bedingungen“. Man akzeptierte den faulen Frieden, den die Schiedsprüche brächten, nicht. Der Tarif, den die Gehilfen jetzt anerkennen müßten, sei aufgestellt unter Berücksichtigung der wichtigsten Wünsche des Arbeitgeberverbandes. „Die Grundlöhne sind um 1 Pfg. pro Stunde erhöht, so daß wir also auch nach dieser Richtung der Gehilfenschaft ein weitgehendes Entgegenkommen gezeigt haben. Höhere Löhne zu zahlen, soll möglichst vermieden werden.“ Dann heißt es weiter:

Sollte eine Werkstatt in der nächsten Zeit von der Gehilfenschaft durch Streit angegriffen werden, so bitten wir, dies sofort zu melden; den betreffenden Gehilfen ist mitzuteilen, daß sie auf eine schwarze Liste gesetzt werden und ein Jahr lang nirgends mehr beschäftigt werden. Eventuell wird es auch erforderlich werden, erneute Ausperrungen vorzunehmen.

Die gegenwärtige Zeit erfordert aus diesen Gründen größte Solidarität und eiserne Disziplin. Bewahren wir diese, so werden wir gegen die Angriffe der Gehilfenschaft gefeit sein. Angegriffenen Kollegen wird durch Unterstützung von Arbeitskräften aus andern Werkstätten geholfen werden.

Warnung vor Sonderarrängen der Gehilfenschaft!

Der Hauptverband der Unternehmer steht diesem Scharfmacherischen, Treubruch und offenem Abfall dieses Gaueverbandes völlig hilflos gegenüber.

Ebenso frecht es aber als Scharfmacher bekannte Hamburger Vorsitzende der Unternehmer und Innungsobermänner offensichtlich zum Bruch. Er hat entgegen den getroffenen Abmachungen einen einseitigen Unternehmerarbeitsnachweis erlassen und erklärt seinen Mitgliedern offiziell, daß keine allgemeine Lohnerhöhung stattfinden, obwohl bei den Verhandlungen protokolliert sei, daß die Unternehmer die moralische Pflicht haben, die aus-

gesprochene Lohnerhöhung allgemein zu gewähren, also auch den ältern und leistungsfähigern Gehilfen, die bisher schon mehr als den Minimallohn erhielten. Angesichts dieser offenen Tarifverletzungen haben die Hamburger Gehilfen beschlossen, die Arbeit vorläufig nicht aufzunehmen.

Auch in einigen andern Städten bestehen ähnliche Differenzen, wieder in andern Städten lehnen die Unternehmer jede örtliche Verhandlung ab.

Der tatsächliche Umfang der noch bestehenden Differenzen kann erst in den nächsten Tagen endgültig festgestellt werden. Jedemfalls wird es noch einige Zeit dauern, bis die durch die sinnlose Ausperrung heraufbeschworenen Differenzen vollständig erledigt sind. Die Gehilfen sind natürlich bereit, jede Ungerechtigkeit der Scharfmacher energig abzuwehren. —

Schiedspruch im Betongewerbe. Bei den Verhandlungen über die Lohnbewegung im Baugewerbe wurde mit den Parteien vereinbart, daß auch das Betongewerbe mit in den Tarifvertrag für das Baugewerbe aufgenommen werden soll. Es wurde weiter vereinbart, daß für das Betongewerbe eine besondere Verhandlung an zentraler Stelle stattfinden und ev. die Bewegung durch einen Schiedspruch beendet werden soll, dem sich die Parteien unterwerfen. Am 26. und 27. Mai haben diese Verhandlungen in Berlin stattgefunden. Nach nahezu zweitägiger Debatte kamen die Unparteiischen zur Fällung eines Schiedspruchs.

Sie unterchieden bei den im Betongewerbe beschäftigten Arbeitern 1. Zementfabriksarbeiter, 2. Zementarbeiter. Das Schiedsgericht bestimmte näher, was unter Zementfabriksarbeitern und Zementarbeitern zu verstehen ist.

In der Lohnfrage wurde bestimmt: Die Löhne der Zementfabriksarbeiter sollen denen der Maurer und Zimmerer, die Löhne der Bauhilfsarbeiter im Betongewerbe denen der Bauhilfsarbeiter im Hochbau gleichziehen. Die Löhne der Zementarbeiter werden auf 10 Prozent über die Löhne der Bauhilfsarbeiter festgesetzt. Es ist daher anzustreben, die Betonbauarbeiter den Hochbauarbeitern allmählich gleichzustellen.

Als besondere Grundzüge für die Tarifperiode 1913—1916 wurde festgesetzt: 1. Wo die Betonbauarbeiter den Hochbauarbeitern gleichziehen, soll die für das Baugewerbe vorgesehenen Lohnerhöhung eintreten. 2. Wo die Betonbauarbeiter niedriger sind als die Hochbauarbeiter, soll der Ausgleich möglichst innerhalb der drei Tarifjahre erfolgen, und zwar durch gleichmäßige Sonderzuschläge bis höchstens 2 Pfg. für 1 Jahr. Bei Spannungen über 6 Pfg. soll der weitere erforderliche Ausgleich den spätern Tarifperioden vorbehalten bleiben. 3. Wo die Betonbauarbeiter höher sind als die Hochbauarbeiter, soll ein allmählicher Ausgleich in der Weise durchgeführt werden, daß für die jetzige Tarifperiode die Erhöhung der Betonbauarbeiter sich wie folgt vollzieht: a) Lohnerhöhungen bis 4 Pfg. gelten ohne Kürzung auch für das Baugewerbe. b) Lohnerhöhungen über 4 Pfg. im Baugewerbe erfahren im Betongewerbe eine Kürzung um 1 Pfg., und zwar um den im Laufe der Vertragsperiode vorgesehenen letzten Pfennig (z. B. Baugewerbe 2, 2, 1, Betongewerbe 2, 2, 0). Außerdem wurden im Schiedspruch noch die Nebenbedingungen geregelt.

In den Orten, in denen auf Grund bestehender Verträge eine Erhöhung der Löhne am 1. April 1913 stattgefunden hat, ist sie auf die hier festgesetzten Lohnerhöhungen anzurechnen. — Anderweitige Regelungen bleiben in Kraft.

In der Begründung sagen die Unparteiischen, daß der Schiedspruch den ersten Versuch enthält, das Betongewerbe vertraglich in das Baugewerbe einzugliedern. Es heißt dann weiter in der Begründung:

Bei der großen Verschiedenheit der Arbeit und Lohnbedingungen innerhalb des deutschen Baugewerbes mußte davon abgesehen werden, schon jetzt eine genaue Anpassung an das Baugewerbe zu eritreben. Es ist vielmehr durch den Schiedspruch im weitesten Umfang der bestehenden Verschiedenheit Rechnung getragen und eine Lohnannäherung des Betongewerbes an das Baugewerbe unter äußerster Schonung der bisherigen Lohnverhältnisse vollzogen. Es muß den Verhandlungen zur Erneuerung des Tarifvertrags im Jahre 1916 vorbehalten bleiben, auf Grund der inzwischen neu gewonnenen Erfahrungen auf dem durch diesen Schiedspruch grundsätzlich vorgeschriebenen Wege fortzuschreiten.

Nach Bekanntgabe dieses Schiedspruchs entstand eine längere teilweise sehr scharfe Auseinandersetzung über die Vorschläge der Unparteiischen vom 6. Mai, die eine Ergänzung ihrer Vorschläge vom 1. Mai bedeuten und das übrige Baugewerbe betreffen. Nachdem auf Unternehmerseite wiederholt erklärt worden war, daß man nur die Vorschläge der Unparteiischen vom 1. Mai anerkenne und auf Arbeiterseite betont war, daß nur im Zusammenhang mit der Ergänzung eine Annahme der Vorschläge zustande gekommen sei, gaben die Unparteiischen die Erklärung ab, daß sie ihre Vorschläge vom 1. Mai und die Ergänzung dazu vom 6. Mai als ein untrennbares Ganzes ansehen, das entweder angenommen oder abgelehnt werden müsse. Nach langer Souterberatung, die die Unternehmer unter sich hielten, ließ der Unternehmerbund dann durch seinen Sprecher, Rautat Enac, erklären, daß der Unternehmerbund nunmehr die Vorschläge und den Hauptvertrag nicht Vertragspartner anerkenne.

Ueber die eintretende Lohnerhöhung wurde noch einmal ausdrücklich festgelegt, daß alle Lohnerhöhungen, auch für die Betonarbeiter, rückwirkend vom 2. Mai in Kraft zu treten haben, und daß sie am nächsten Lohnzahlungstag, längstens jedoch am übernächsten Zahlungstag nachzahlen sind. Dann wurde die Unterschrift unter den Hauptvertrag von den anwesenden Vorständen der in Betracht kommenden Organisationen vollzogen und damit endgültig der Friede im Baugewerbe bis zum Jahre 1916 abgeschlossen.

Die Unparteiischen übernehmen es, etwaige Unklarheiten in den Ortsverbänden über die Auslegung der getroffenen Vorschläge, die nunmehr als Beschlüsse gelten, schriftlich aufzuklären. Ueber die Erzielung der im Vertrag vorgesehenen Tarifinstanzen (Tarifamt, Haupttarifamt) werden sich die Organisationsvorstände am 26. Juni verständigen. —

Aus der französischen Gewerkschaftsbewegung. Ein alter Konflikt in der französischen Gewerkschaftsbewegung, der bereits endgültig beigelegt schien, ist aufs neue ausgebrochen und in ein schier unlösbares Stadium getreten. Es handelt sich um den alten Konflikt in der Bergarbeiterbewegung, der ziemlich verwickelte Ursachen hat. Zunächst die Verteilung der Kohlenbergwerke. Die nordwestliche Ecke, die sich um Lens, im Departement Pas-de-Calais und Anzin, im Departement du-Nord, hinzieht, produziert zwei Drittel der französischen Kohlenförderung. Das übrige Drittel wird aus den Kohlenlagern gefördert, die sich in einer langgestreckten Kette von Mittel- nach Südfrankreich hinzieht. Die Bergarbeiter des nordwestlichen Beckens haben es mit einem ebenso mächtigen wie brutalen und einflussreichen Unternehmertum zu tun. Ihre Taktik hat sich der Taktik der Unternehmer angepaßt. Entsendung von Vertretern der Bergarbeiter in das Parlament, was der Umstand begünstigt, daß sie in einigen Bezirken in der Bevölkerung dominieren. Ausnutzung ihrer in der nordwestlichen Industriebedeutung sozusagen konfuzenlosen Stellung. Verampfung des Industriemertums mit Hilfe des Parlaments und parlamentarischer Kompromisse. Die dabei verfolgte Taktik ähnelt in fast allen Funktionen der Taktik der englischen Bergarbeiterdeputierten. Sie kamen dabei in Konflikt zunächst mit den Sozialisten, dann mit den Syndikalistern. Sie zogen der Solidarität mit den übrigen Bergarbeitern die Erreichung kleiner, partikularistischer Vorteile vor.

Diese Gegensätze sind vor wenigen Jahren mühselig durch das sozialistische Element im sogenannten „alten“ Bergarbeiterverband der nordwestlichen Ecke überbrückt worden. Die Organisations-einheit wurde hergestellt, und der neu- oder wiedergegründete Bergarbeiterverband trat der Konföderation bei. Der Sitz des Verbandes kam nach Lens, und mit der Leitung wurde das sozialistische Element des „alten“ Verbandes betraut.

Der geschiedene Taktik der Organisationsleitung gelang es, in der Deputiertenkammer eine Achtstündenvorlage und eine ganz erhebliche Verbesserung des Pensionsgesetzes der Bergarbeiter durchzuführen. Ueber letzteres kam es zum offenen Konflikt. Boshly, Präsident des „alten“ Syndikats, das seine Organisationsform im neuen Verband beibehalten hatte, verabschiedete sich mit den Vertretern der Bergarbeiter des Nordwestens, und auf seinen Antrag wurde ein Paragraph 12 in das Gesetz aufgenommen, wonach unter gewissen Voraussetzungen besondere Regionen von der allgemeinen Landesstufe abgetrennt werden können. Das bezog sich auf den Nordwesten, der, wie wir schon hervorhoben, zwei Drittel der Bergarbeiter beschäftigt. Trift diese Klausel in Funktion, so brauchen die Bergarbeiter des Nordwestens entweder keine oder erheblich niedrigere Beiträge zur Versicherung bezahlen, während die „Landestaffe“ so gut wie lebensfähig gemacht wäre. Damit war auch die Solidarität der nordwestlichen mit den übrigen Bergarbeitern gebrochen — und darauf kam es den Unternehmern an.

Dieses Verhalten Boshlys stand im direkten Widerspruch zu den Beschlüssen des Verbandes, und der darauf einberufene Kongress tadelte ausdrücklich Boshly. Es wurde ein Beschluß gefaßt, dem auch die Vertreter des Nordwestens zustimmten, wonach beim Senat die Ausmerzung des strittigen Paragraphen gedungen, jedenfalls von ihm kein Gebrauch gemacht werden soll. Doch Boshly setzte seine Agitation fort, und es kam innerhalb des alten Syndikats, das sich auf das ganze nordwestliche Gebiet erstreckt, zur Abspaltung des oppositionellen Elements, zur Gründung von selbständigen Syndikaten in den Orten, wo die Opposition stark genug war. Diese Syndikate wurden in den Verband aufgenommen, was der Grund oder der Vorwand für das alte Syndikat zum Austritt aus dem Verband war. Der dieser Tage stattgefundenen Kongress, zu dem das alte Syndikat keine Delegierten mehr gesandt hatte, billigte die Haltung der Verbandsleitung und funktionierte somit den Bruch. Aus dieser Situation gäbe es einen Ausweg: wenn das fortschrittliche Element im alten Syndikat das konservative Element verdrängen würde. Aber diese schwierige Aufgabe ist durch die Abspaltung unmöglich gemacht. Die Unterstützungsrückgaben des alten Syndikats lassen es mehr als unwahrscheinlich erscheinen, daß die Massen dieses verlassen und in die verbandstreuen Syndikate übertreten würden. Sicher ist nur, daß die parlamentarischen Ergruppierungen böllig in Frage gestellt und die Aktionskraft der Bergarbeiter gelähmt ist. Fr.

Victoria-Theater.

Magdeburg, 28. Mai.

Die spanische Fliege, Schwanl in 3 Akten von Franz Arnold und Ernst Wach. — Uraufführung. —

Beweg: es war ein Bombenerfolg. Ich habe noch nie im Victoria-theater so ενδιαierend und so jürnisch lachen hören wie heute abend. Zu verschiedenen Malen mußten die Darsteller im Stuhl umstehen, weil die Zuschauerinnen in einer Stürze zu ihnen hinüberfielen, daß sie ihr eigenes Wort nicht mehr verstehen konnten, geschweige daß sie sich dem Publikum noch hätten verständlich machen können.

Dabei haben die Damen Themen angestrichelt, die schon recht häufig die Munde für Schanden und Unästetische abgegeben haben. Die Sittlichkeitschmähler begrenzter Hirns und heimlicher Sündler. Die jugendlichen Seitenbrünge beschränkter Väter, die dadurch in Zweifel gesetzt, die Nüchternheit eines Dichters, das den Liebsten nicht fragen soll. Aber wie sie diese alten Motive zu neuen Situationen und Entwicklungen ausbauen — das ist's und das wirt'. Die Mache ist raffiniert geknüpft; die Technik des besten Damesmanners bewundernswürdig. Es ist durchaus nicht leicht, die Menschen lassen zu machen. Der sie gar vor Köpfe sich biegen läßt, warz ein emphatischer Künstler sein — als Autor wie als Darsteller.

Geschähen ist, daß die Kritiker noch eine neue Variante erkennen und sie geschickterweise in den Mittelpunkt der Handlung gestellt haben: die gelegentliche Wahrheit von den genannten unehrlichen Vätern. Der Reichthabrilam Ludwig Klink hat vor 25 Jahren als junger Fursch eine schwache Stunde erlebt. Gegenzeit eine spanische Tänzerin aus der Kanari. Ergebnis: ein verheirateter Junge, der sich durch die Hand der Mutter auf der Todesschwel der Photographie mit dem Jubelruf verheiratet. Frau dich Frau, ich bin da! Der junge Ludwig Klink fremde sich nicht, aber er war dadurch genug getrieben, um einem Rechtsanwalt mit der Überzeugung aus den Auftrag der jährlichen Alimantation zu übergeben. Das ist 25 Jahre lang glatt gegangen. Kon jetzt, Ludwig Klink hat ein gutes Sorg; er akkumulierte gemächlich weiter, steigend er langsam jeder Pfund entziehen würde. Er hätte wahrlich noch weitergelebt, wenn sein Wohlbefinden nicht gefahren wäre und ihm geliehen ihm die Alim seines jugendlichen Sündersfalls ins Haus gebracht werden. Das Bündel bringt ihm die Sünderschwel und; wenn seine Frau sie entdeckt, die anwesenden Gesellschaft in Murrendung macht! Klink gibt die Alim seinem Rechtsabnehmer, damit sie in Sicherheit kommen, und Arton gibt sie ausgerechnet dem Rechtsanwalt Friz Gerlach, der sich um Klink's Tochter Paula bemüht, aber sie nicht kriegen soll, weil Paula Mutter des Tochter des Heinrich Meisel aus Chemitz, der Sohn ihrer Brüdergruppen-Geschichte, angeheiratet hat.

Der Rechtsanwalt Gerlach weiß seine leicht gewonnene Kenntnis zu nützen. Er jetzt dem alten Klink Daumtschrauben auf und als dieser immer noch nicht nachgibt, sorgt er dafür, daß der Widerbörige den jungen Heinrich Meisel aus „Köhnung“ für seinen Erbfolger aus der einabendlichen Ehe mit der „spanischen Fliege“ haben muß. Derweil wird nach der armen Mutter und ihrem Söhnchen eifrigt gesucht. Alois Wimmer, der Schwager der Frau Klink, der sonst unter den Verwandten der eifrigste war, muß in seiner Jungsangst Klink die Entdeckung machen, daß er einmal vor 25 Jahren eine schwache Stunde gehabt, für eine Tänzerin, die man die „spanische Fliege“ nannte, ein Abendbrot gegessen hat und so weiter. Genau wie bei Ludwig Klink. Auch Alois Wimmer hat 25 Jahre lang treu und gewissenhaft bezahlt genau wie Ludwig Klink. Die beiden Genossen stellen sich zu ganzer Weh gegen die drohende Enthüllung Rüden gegen Rüden und veranlassen, da auch dies nichts nützt, in höchster Not den Freund Anton Tiedemeier, daß er sich der Frau Klink gegenüber als den wahren Vater ausgibt. Und nun geht das tolle Spiel der Verwechslungen und Irrungen weiter, bis im 3. Akte glücklich hier Vater des vermeintlichen Sohnes Heinrich Meisel aus „Köhnung“ beheimaten sind.

Die Mache ist, die bei solchen Formwurzeln entscheidet, und die Mache ist glänzend, fast unübertrefflich. Längen gibt's nicht in diesem Stück. Nicht einmal im dritten Akte, der jeds der geschicklichen, weil unwiderlegliche ist. Von der ersten bis zur letzten Szene mirklich's unablässig über die Bühne, die Zuschauer kommen nicht zur Ruhe, kaum zum Atemholen für neue Lachsalben.

Der herrlichend hervorragenden Schwantenschwanz der Autoren blieb die Aufführung nichts schuldig. Kunststück: wo der eine Autor — Ernst Wach — die Regie hatte, der andre die Hauptrolle spielte! Zusammenhänge wie Tempo so fließt sicher, lidenlos und wirksam, wie wenn es sich um eine Jubelstimmvorstellung, aber nicht um eine Uraufführung handelte. Und dann Franz Arnold als Klink! Franz Arnold als Weißstüpfhüter! Franz Arnold, der diese Typen „lang hinflegt“ so unübertrieben und mit einem solchen Raff innerer wie äußerer Komik, daß auch der Widerwärtige widerstandslos mitgeriffen wird. Wie er sich durch die Tür schleicht, wie er sich wendet und dreht, wie er seine trotteligen Handlungen ins Publikum wirft! Nun gar erst Franz Arnold als Weißstüpfhüter in tausend Rollen! Und er hürzte heute abend dank eigner köpferlicher Kraft aus einer Verlegenheit in die andre, kam aus den Rollen nicht heraus. Sogar auch nicht aus seinem künstlerischen Rahmen, in dem er souverän die Zeiten nicht und wiffert. Ein prächtiges Pendant licierte sein jugendlich erregter Kollege vom Berliner Lustspielhaus Heinrichold Häusermann, der den Heinrich Meisel aus „Köhnung“ spielte. Auch hier eine komische Gestaltungskraft, die mitreißt. Sowie er im Zurücktreten auftauchte mit seinem lächelnden Gesicht, das den ganzen Menschen offenbarte, begrüßte ihn schon beifalls-

prohes Lachen. Und dann das Spiel, das ein komisches Licht nach dem andern aufsetzte. Die Szenen, in denen Arnold und Häusermann die Bühne beherrschten, waren zum Schreien; es ist ein Wunder, daß sie keine Nachträmpfe ausgelöst haben.

Neben diesen beiden Göttern des Berliner Lustspielhauses hielt sich das einheimische Personal geschicklich und tapfer und erfolgreich. Sie spielten sämtlich mit einer Frische und Lebendigkeit, wie wenn es gar keine langen anstrengenden und ermüdenden Proben gegeben hätte. Zu gleichen Teilen partizipieren an dieser Anerkennung die Damen Theresie Koffig (Frau Klink), Hedwig Kreuzer (Paula), Fanni Wenaldy (Walke), Hedwig Corned (Mathilde), Mary Dipler (Marie) und die Herren Walter Lausch (Reichstagsabg. Burwig), Ludwig Julek (Alois Wimmer), Richard Kirsch (Rechtsanwalt Gerlach), Albert Klesler (Anton Tiedemeier) und Artur Grandheit (Walter Meisel). Der Zettel verzeichnet noch eine Frau Kanzleirat Bernede, die von Elfi Sonderban gespielt werden sollte. Ich habe von einer Frau S. ertirt nichts wahrgenommen. Entweder ist sie von den krit' a Autoren in letzter Stunde als „länglich“ ausgemerzt worden, oder aber sie hat sich unter den Damen des Bundes für Mutterjüng besunden, die in der letzten Szene als Gratulantinnen in die Klinische Wohnung hinein drücken. Wie sie hicken und was sie faulen, wurde reslos verschlungen von dem stürmischen Gelächter und dem tosenden Beifall, der durch das ausverkauft Haus schallte.

So kam der Bombenerfolg zustande. Er wird mühelos weitergreifen. Volten-Bucifers, der Direktor des Berliner Lustspielhauses, braucht um sein Repertoire für den nächsten Winter nicht mehr besorgt zu sein. Franz Arnold und Ernst Wach haben ihm alles gegeben, was er braucht. Die „spanische Fliege“ wird durch die ganze Saison ummen und das „goldige“ Geräusch wird ihm angenehm aus den Kassenrapporten entgegenkommen. Nicht ihm freuen sich viele andre deutsche Theaterdirektoren, von denen mehr als ein Duzend der heutigen Vorstellung schon beimohnten und stürmisch sofort abgeklappt haben. Es ist ein Schlager da! Her mit ihm, denn der Rientopp droht!

Am vergnüglichsten schmunzeln natürlich die beiden Autoren, die nach jedem Aufschluß stürmisch und oft gerufen wurden. Ein jeder von ihnen reißt sich die Hände und formuliert gleichlautend sein Zukunftsprogramm: „Ja leg mer lang hin — uff de braunen Lappen!“ — Ir.

Städtisches Orchester.

Magdeburg, 28. Mai.

Konzert im Stadtheatergarten. Außer dem Wagnertheil war das Programm, das heute unter Leitung von Professor Krug-Waldjee zu Gehör kam, etwas hundert aus-

Gebrüder Borchardt

Donnerstag
Freitag
Sonabend

Grosser Konserven-Markt

Donnerstag
Freitag
Sonabend

20000 Dosen erstklassige Gemüse- u. Früchte-Konserven

Wir leisten volle Garantie
für Prima Qualität und stramme Packung

Telephonische
Bestellungen
707
werden prompt
erledigt

Muster-Dosen
zur Ansicht sind geöffnet

Täglich frisches

Braunschw. Spargel Pfund 20 42 58
Rhabarber Pfund 6
Stachelbeeren Pfund 25
Neue Kartoffeln Pfund 10
Salat Kopf 4
Kakao Pfund 90 70
Puddingpulver Päck 5
Mock-Schokolade Spezialmarke Pf. 70 Qualität 1 Pf. 58

Erbsen	2 Pfund	1 Pfund
Normaldose ca.		
Junge Erbsen, sehr fein . . .	115	60
Junge Erbsen, fein	90	48
Gemüse-Erbsen	36	24
Junge Erbsen mit Karotten, fein	85	48
Junge Erbsen mit Karotten . .	50	35
Pariser Karotten	80	45
Junge Karotten	50	28
Karotten, gewürfelt	35	22

Billig

Stangenspargel I
2-Pfd.-Dose 1.40 1-Pfd.-Dose 75

Billig

Bohnen	5 Pfund	4 Pfund	2 Pfund
Normaldose ca.			
Schnittbohnen	70	58	30
Brechbohnen	70	58	30
Normaldose ca.	4 Pfd.	2 Pfd.	1 Pfd.
Stangenschnittbohnen	85	45	26
Stangenbrechbohnen	85	45	26
Haricots verts, gegrünt	—	70	40
Perlbrechbohnen	—	45	25
Wachsbohnen	—	—	28

Eine Ladung

frische Gurken
Stück 20 16

frischer
Blumenkohl
Kopf 42

Kirschen
Pfund 40

Erdbeeren
Pfund 1.25

frische
Ananas
Pfund 90

Zitronen
Duzend 70 60 50

Bananen
Pfund 39

Apfelmus	4-Pfd.-Dose	2-Pfd.-Dose	1-Pfd.-Dose
	1.15	65	43

Melange-Marmelade	10-Pfd.-Eimer	5-Pfd.-Eimer
	2.40	1.25

Preiselbeeren	10-Pfd.-Dose	2-Pfd.-Dose	1-Pfd.-Dose
	3.50	95	48

Gemüse	2 Pfund	1 Pfund
Normaldose ca.		
Gemischtes Gemüse I	70	38
Gemischtes Gemüse II	60	35
Jg. Kohlrabi i. Scheib. m. Grün	32	22
Spinat, gegrünt	45	28
Tomatenpurée Ia	75	38
Steinpilze	140	75
Morcheln	175	95
Champignons 1/2 Pfd. 65 1/4 Pfd. 38	210	115

Billig

Brechspargel
mit Köpfen
2-Pfund-Dose . . . 1.05
1-Pfund-Dose . . . 58

Billig

Früchte	2 Pfund	1 Pfund
Normaldose ca.		
Aprikosen, ganze Frucht	110	60
Birnen, weiß	75	38
Erdbeeren, roh eingelegt	105	60
Melange-Früchte	110	60
Mirabellen	75	43
Pflirsche	125	70
Reineclauden	85	48
Ananas, ganze Frucht	125	—
Nüsse, geschält	90	—

Fruchtsäfte

Limbeerftaft 1/2 Fl. 98 1/2 Fl. 50
Apfelsaft 1/2 Fl. 98 1/2 Fl. 50
Zitronensaft 1/2 Fl. 90 1/2 Fl. 45

Wurstwaren

Zwiebelleber- oder Kottwurst Pfd. 58
Polnische Bratwurst Pfd. 1.25
Solth. Zerbelat oder Salami Pfd. 1.45
Thür. Ruckschinken Pfd. 1.45
Thür. Lachschinken Pfd. 1.80

Fischkonserven

Springe in Gelee Dose 30
Hal in Gelee Dose 90
Appetit-Sild Dose 19
Ruff. Sardinen Glas 25
Lujoonies Glas 25
Sardinen in Del Dose 50 40 30

Konfitüren

Saure Bonbons Pfd. 50
Schneeflocken Pfd. 55
Vorten-Schokolade Pfd. 95
Schokoladen-Plättchen 1/2 Pfd. 39
Gemischtes Konfekt Pfd. 55

Ein Partieposten Steingut, enorm billige Preise!

Echt Porzellan
— glatt mit Goldrand —
— unorniert

Speiseteller 25
Abendbrotteller 22
Bratenplatten 90
Terrinen 1.20
Salattieren 75
Obst- od. Bräutenschalen 58

Untertassen Stück 2
Rinder-Kaffeeteller Stück 2
Seifenschalen beforiert Stück 3
Zahnbürstenschalen beforiert Stück 5
Abendbrotteller weiß u. beforiert Stück 4
Nudelrollen Stück 14
Saucieren Stück 18
Schüsseln gerippt 23 cm 24 gerippt 25 cm 18

Kaffee- und Zuckerbüchsen
mit Nickeldeckel Stück 39

Wurst- oder Elerkasten St. 90

Speiseteller
glatt Stück 5 gerippt Stück 6

Waschbecken beforiert Stück 48
Wasserkrüge weiß mit Gold- aufschrift Stück 90
Nachttöpfe Stück 48
6 Gewürztönnchen im Satz beforiert Stück 35
Salz- und Mehlresten Stück 38
Suppenterrinen auf Fuß befor. Stück 68
Bratenschüsseln groß, rund Stück 28
Milchtöpfe 2 Liter, mit Schrift Stück 35

Echt Porzellan
— Feston mit Goldrand —
— La. bayrische Ware

Speiseteller 40
Abendbrotteller 26
Fleischplatten 1.10 80 60 45
Salattieren 1.45 70 52 40 28
Terrinen 4.25 3.25 2.45
Saucieren 1.30 95

Blumenkasten grün gestrichen und lackiert

50 cm 65	60 cm 80	70 cm 95	80 cm 1.10	90 cm 1.25	100 cm 1.40	110 cm 1.65
----------	----------	----------	------------	------------	-------------	-------------

Giesskannen
erprobt gute Qualitäten

95	1.30	1.60	1.95	2.25
----	------	------	------	------

Kristall-Blumen-Vasen geschliffen

16 cm 18	20 cm 26	26 cm 34	32 cm 42	35 cm 52	40 cm 62	45 cm 72	50 cm 82	60 cm hoch 98
----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	---------------

2. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 124.

Magdeburg, Freitag den 30. Mai 1913.

24. Jahrgang.

Provinz und Umgegend.

Wahlkreis Quedlinburg-Hersleben-Kalbe.

Die Kriegervereine als solche — nicht alle ihrer Mitglie der sind erbitterte Gegner der Sozialdemokratie. Unter ihnen ragt in dieser Beziehung der Kreisriegerverband Quedlinburg besonders hervor. Er steht unter der Leitung des Kreisblattredakteurs Albert Kameda. Dieser Herr ist nicht nur unser erbitterter, sondern verbitterter Gegner. In sein Blatt nimmt er die abernsten Schmarren des Reichsverbandes auf, und so oft ihm dabei schon auf die Finger geklopft ist, so oft er schon glänzend hereingefallen ist, — das Verleumden der Sozialdemokratie unterläßt er nicht. Da ist denn der jedesmalige Jahresbericht jenes Kreisriegerverbandes von Interesse auch für uns, um so mehr, als in dem Bericht jedesmal ein weiteres Zurückdrängen der Kriegervereine durch die Sozialdemokratie konstatiert werden muß, was die Wut des Herrn Kameda allerdings erklärlich macht.

Der Jahresbericht beginnt naturgemäß mit einer Stimmungsmache für die große Heeresvorlage. Dann konstatiert er die große Teuerung im Reich und sagt dabei wörtlich: „Besonders hart hat der Minderbemittelte, der Arbeiter, zu kämpfen, der überdies noch schwer durch den sozialdemokratischen Terrorismus zu leiden hat.“ Dieser greift immer mehr um sich, was auch besonders die Kriegervereine merken, da es immer schwerer fällt, neue Mitglieder zu erhalten, weil die Kameraden Arbeiter befürchten müssen, durch den Terrorismus der Sozialdemokratie aus Lohn und Brot gebracht zu werden.“

Also ausgerechnet im Kreise Quedlinburg, in dem unsere Partei infolge des recht skrupellos ausgeübten Terrorismus von bürgerlicher Seite verhältnismäßig nur schwach entwickelt ist, vernähmt die Sozialdemokratie einen so starken Druck auf die Kriegervereinsmitglieder auszuüben! Um den wahren Grund des Rückgangs im Kriegervereinsleben nicht sagen zu müssen, stellt sich Herr Kameda, als ob er an seine eignen schwindelhaften Terrorismusgeschichten glaubt! Auch über die Gründe der Teuerung schweigt er sich weislich aus.

Der Bericht fährt dann fort: „Diesem Umstand ist es mit zuzuschreiben, daß unser Verband zum erstenmal seit seinem Bestehen nicht nur keinen Zuwachs, sondern sogar einen Mitgliederverlust zu verzeichnen hat. Die Hauptschuld hieran tragen jedoch die sozialdemokratischen Konsumvereine, die in einer Anzahl von Orten unseers Verbandsbezirks ins Leben gerufen worden sind. Leider haben sich viele Kameraden durch die Vorpflegung, die Konsumvereine verfolgten nur den wirtschaftlichen Vorteil ihrer Mitglieder, überköpeln lassen und sind ihnen beigetreten. Die notwendige Folge davon war der Ausschluss der Betroffenen aus den Kriegervereinen.“

Den Unfinn mit den sozialdemokratischen Konsumvereinen immer und immer wiederholen zu müssen, gehört vielleicht zu den Aufgaben, für deren Erfüllung Herr Kameda begahnt wird — wir wollen es ihm deshalb nicht zu hoch anrechnen. Und wenn die Kriegervereine ihre Mitglieder auslösen, falls sie sich beikommen lassen, dem Konsumverein beigetreten, so ist das nach der Theorie des Herrn Kameda natürlich kein Terrorismus, es würde aber sofort folger werden, wenn die Sozialdemokraten es täten. Erstreckt sich aber es, daß selbst im Machtbereich des Herrn Kameda die Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen den Arbeitern mehr gilt als die Ehre, Folgsgenossen des Herrn Kameda zu sein. So gesteht denn der Bericht ein, daß die Mitgliederzahl im Jahre 1912 von 3508 auf 3408 ordentliche Mitglieder gesunken sei. Er sagt auch, die meisten Vereine haben Mitglieder verloren, beispielsweise einer in Quedlinburg 45, einer in Westerkampfen 41, einer in Gatersleben 24, einer in Hebersleben 22, einer in Br. Bornede 17, in Thale der eine 13, der andre 12 usw. Diesen starken Abgang stellt nur ein Zugang von 74 Reservisten gegenüber. Daß es nicht mehr sind, daran hat natürlich wieder die böse Sozialdemokratie schuld. Das mag schon sein, aber nicht in der abernen Weise, wie Herr Kameda meint. Er sagt nämlich, die Sozialdemokraten verschaffen den Reservisten Arbeit. Vorkünftig sind die Sozialdemokraten noch nicht im Besitz der Produktionsmittel, sie sind froh, wenn sie selbst Arbeit haben. Das macht aber nichts. Herr Kameda kommt es auf eine Konfusion mehr oder weniger nicht an, und dann wundert er sich noch, wenn er seine Gläubigen verliert.

Über die Berufstellung macht der Bericht Mitteilungen, die auch für uns von großem Interesse sind. Es ist dabei unterschieden, ob die Mitglieder in der Stadt oder auf dem Lande wohnen. Die zuerst stehende Zahl bedeutet die Zahl in den Städten, die in Klammern stehende die auf dem Lande. Danach waren gewerbliche Arbeiter 140 (711), Gewerbetreibende und Handwerker 456 (502), Beamte und Privatangestellte 208 (288), Landarbeiter und kleine Landbesitzer 165 (786), der Rest verteilt sich auf andre Berufe. Damit vergleiche man, daß die städtische Bevölkerung ungefähr 29 000, die ländliche ungefähr 42 000 Personen beträgt. —

Generalversammlung des Halberstädter Knappschaftsvereins.

Der Versammlung wurde von einer Petition der Invaliden des Knappschaftsvereins an den Minister des Innern Kenntnis gegeben, in der um Aufhebung des Paragraphen über die Aufrechnung des bis zum 1. Januar 1908 erdienten Teiles der reichsgesetzlichen Invalidenrente erucht wird. Der Beschluß über diese Angelegenheit wurde zur Tagesordnung der nächsten Generalversammlung gestellt mit der Prüfung einer Erhöhung der Beiträge. Dann folgte die Wahl eines Beirats zum Oberschiedsgericht seitens der Werksbesitzer. Hierüber gab der Vorsitzende bekannt, daß die Beamten der Vereinswerke auf einer in Magdeburg abgehaltenen Versammlung beschloffen haben, eine Eingabe an den Vorstand des Halberstädter Knappschaftsvereins zu senden, in welcher unter anderm gesagt wird, daß die Herren Beamten nicht die in der geheimen Wahl gewählten Knappschaftsältesten als ihre Vertreter anerkennen wollen, sondern aus ihrer Mitte selbst Vertrauensmänner wünschlen. (Ein Arbeiter als Vertreter paßt den Herren nicht. D. W.) Diese Forderung mußte auf Grund des Knappschaftsgesetzes abgelehnt werden. Weiter wurde die Aufhebung der Zwangszulagenkasse der Beamtenabteilung gefordert. Hierüber erfolgte eine scharfe Debatte zwischen den Herren Werksbesitzern und dem Knappschaftsvorstand, in welcher die Werksbesitzer gleichfalls die Aufhebung der Zwangszulagenkasse forderten. Der Vorstand gab sich die erdenklichste Mühe, die Vorteile der Zulagenkasse darzulegen. Er sah aber weiter keinen Ausweg, als mit Zustimmung der Versammlung bis auf weiteres die Versammlung zu vertagen. Es sollen nun die Herren Beamten nochmals durch Rundschreiben aufgefordert werden, sich zu erklären, wie sie sich zu der Zwangszulage stellen. Man kann hier wieder feststellen, wie mit diesen Herren umgegangen wird; die Arbeiter werden ja nicht gefragt, wenn es sich um ihre Angelegenheiten handelt. —

Vennendenbeck, 29. Mai. (Gemeindevertreter-Sitzung.) Die Beratung eines Ortstatuts über Straßenumgebung wird zurückgestellt. Für jeden Gemeindevertreter soll zur Information ein vom Kreisamt herausgegebenes Musterstatut beschafft werden. Der

Konfliktbehälter, in dem an Seuchen eingegangene Tiere bis zum Gewicht von 1 Zentner vorläufig untergebracht werden, soll von der Amtsbehörde übernommen werden. Der Gemeinde Groß-Ottersleben ist damit Gelegenheit gegeben, ihn gleichfalls zu benutzen. Gemüht wurde vom Gemeindevertreter Strüde eine frühere Deffnung des Friedhofs. Bei dieser Gelegenheit wurde auf das Abreißen von Blumen durch Kinder hingewiesen. Mögen alle Einwohner ihre Kinder anhalten, nie eine Blume zu brechen. Jeder habe seine Freude an der lebendigen Blume, die an ihrem Drie steht. Zum Besuch des Verbandstages der Feuerwehr in Salzwedel werden 10 Mark bewilligt. —

Groß-Ottersleben, 29. Mai. (Jugendversammlung.) Der frühere Bremer Lehrer Sonnemann spricht am Sonnabend den 31. Mai in einer öffentlichen Jugendversammlung. Sonnemann, bekannt der Arbeiterschaft und vor allem der Jugend unter dem Namen Jürgen Brand, ist wegen seines Eintretens für die Arbeiterjugend gemäßigter. Er wird der Jugend sehr viel zu sagen haben. Jeder junge Arbeiter und jede Arbeiterin muß in der Versammlung anwesend sein. Aber auch die älteren Arbeiter, die ein Interesse an ihren Kindern haben, werden Belehrung schöpfen können. Die Nachbarorte Lemsdorf, Klein-Ottersleben und Vennendenbeck sind eingeladen. Vor allem auch die Gegner der Arbeiterjugendbewegung, zu denen, wie aus manchem hervorgeht, auch ein Teil unserer Lehrerschaft gehört, bitten wir, in der Versammlung anwesend zu sein. Die Versammlung findet im Saale der Witwe Strumpf statt. —

Lemsdorf, 29. Mai. (An der Jubiläumsfeier) nahmen die Arbeiter und Arbeiterinnen in recht ansehnlicher Zahl teil. Stimmungsvoll leiteten die Säger die Veranstaltung ein. Genosse Silberchmidt nahm sodann das Wort, um die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse jener Zeit zu schildern. Nachmals betrat die Sänger die Bühne und unter lautmaler Ruhe der Gänge erschallte das herrliche Kampflied „Schüren wir das heilige Feuer“. Mögen nun unsere Freunde und Parteigenossen die Nutzenanwendung ziehen und auch täglich bestrebt sein, im Sinne des Sozialismus zu wirken. —

Alten, 29. Mai. (Der gefährliche Bahnübergang.) Am 16. November vorigen Jahres wurden die zwei Pferde eines Ebberitzer Gutsbesizers am Bahnübergang der Zuderfabrik überfahren, weil nicht für genügende Abperkung Sorge getragen war und an der Stelle kein freier Ausblick vorhanden ist. Damals hieß es, es kommen Schranken hin; bis heute ist aber noch nichts geschieden. Am Dienstag vormittag ist wiederum das Gespann von Karl Lorenz, Alten, nachmittags das erste Gespann der Klein-Jerdorfer Ziegelei in die Gefahr gekommen, zermalmt zu werden. Nun haben aber nicht nur die dortigen Aderinteressenten, sondern alle, die den Weg benutzen müssen ein Interesse daran, daß genügende Sicherheit beim Überqueren der Gleise vorhanden ist. Etwa 150 Meter von dem gefährlichen Bahnübergang befindet sich ein früheres Jahren vielbenutzter Weg mit Schrankenriegel und Bahnwärter. Durch die Anschließung der Fabriken ist nicht nur dieser Weg, sondern auch der Bahnwärter überflüssig geworden. Dieser könnte nunmehr an der gefährlichen Stelle Verwendung finden. —

Althalbenleben, 29. Mai. (In der Gemeindevertreter-Sitzung) wurde beschlossen, den Dammühlen- und Mühlenweg neben einer Verbindungsstraße durch einen Flußlinienplan festlegen zu lassen. Mit der Ausführung des Kostenanschlags soll das Technische Bureau von Kohl (Halle) beauftragt werden. Ein Bebauungsplan wird zunächst noch verschoben. Abgelehnt wurde der von der freiwilligen Feuerwehr gestellte Antrag auf Herstellung einer Montierkammer. Beschlossen wurde, der Feuerwehr für gleiche Zwecke einen Schrant anzuschaffen. Ferner sollen die sich bei der Beschäftigung der freiwilligen Feuerwehr herausstellenden Mängel an Montiermaschinen ausgeglichen werden. Nach der Berichterstattung der Straßenbaukommission wurde einstimmig beschloffen, die weitere Lieferung von Steinen der Firma Geißler (Hundsburg) zurückzuweisen. Trotz der Willigkeit der Ware von dieser Firma würde die Gemeinde bei einer weiteren Abnahme nur Schäden haben. Nach einer von der Kommission vorgenommenen Prüfung der letzten Lieferung von Moossteinen konnten von 50 Zentnern 12 Zentner nicht verwendet werden. Selbst der Steinsekmeyer lehnte die weitere Ausführung seiner Arbeiten ab, wenn die Kommission nicht für andres Material sorgte. Eine Probefendung von 200 bis 300 Zentnern aus dem Süplinger Bruch wurde trotz eines höhern Preises angenommen. Warum steht jetzt die Gemeindevertretung erst ein, daß sie schon seit Jahren schlecht bedient ist? Ist sie nicht wiederholt von der Arbeiterschaft darauf hingewiesen worden? Die Gaspflichtangelegenheit konnte wegen Unklarheit noch zu keinem Beschluß gebracht werden. Armensachen wurden zur Kenntnis genommen. —

Hersleben, 29. Mai. (Ein heftiges Gewitter) ging am Mittwoch in den Abendstunden über unsre Stadt nieder. Mit großer Heftigkeit erfolgten die Entladungen und auch die Niederschläge. Ein Blitzstrahl schlug in den Telephonbrast in der Gerlinger Straße, ein weiterer in der Ostritze an der Ecke Stahlfurter Höhe 5. Beide richteten keinen Schaden an. In die Lichlanlage des Staatsbahnhofs schlug gleichfalls ein Blitz ein. Ein in der Nähe besinnender Arbeiter wurde von dem erzeugten Luftdruck zurückgeschlagen, ohne befunden Schaden zu nehmen. —

(Volksfeier.) Die Versammlung am Donnerstag findet umständehalber im „Fürstenthor“ statt. —

(Eine öffentliche Jugendversammlung) findet am Freitag im „Fürstenthor“ statt. Jürgen Brand (E. Sonnemann), der Bremer Lehrer, spricht. Die Versammlung muß einen Massenbesuch untrer Jugend, aber auch der ältern Arbeiterschaft aufweisen. —

(Ertrunken) ist in Heidenau bei Dresden der 15jährige Schiffsjunge Paul Specht von hier. Specht, der ein guter Schwimmer war, muß unter dem Kahn gekommen sein und konnte sich offenbar nicht wieder hervorarbeiten. —

Burg, 29. Mai. (Zur Bäckerbewegung.) Den geregelteren Bäckereien ist heute folgende hinzuzufügen: Krüger, Magdeburger Chauffee; Lewin, Franzosenstraße; Hartmann, Gr. Friedenstraße. — Es sei auf die heute Donnerstag stattfindende Versammlung noch einmal hingewiesen. —

(Warnung beim Barfußgehen.) Bei der jetzt herrschenden Wärme ziehen es viele Kinder vor, Schuhe und Strümpfe auszulassen. Aber viele lassen es an der nötigen Vorsicht dabei fehlen. Am Mittwochabend trat ein Knabe mit nackten Füßen in hohes Gras an der Grabower Chauffee. Darin mußte irgendetwas scharfer Gegenstand gelegen haben, denn der Knabe schnitt sich den Fuß daran auf, daß er infolge des Blutverlustes ohnmächtig wurde. Unteroffiziere des Lazarets brachten dem Jungen die erste Hilfe. Er wurde dann zum Arzte gefahren. Alle Eltern mögen daher ihre Kinder auf diese Gefahren aufmerksam machen. —

Frohse, 29. Mai. (Som Spielkameraden getötet.) Am Mittwochabend wurde der Schüler Franz Gottschalk von dem gleichaltrigen Schüler Gustav Krause bei einem Streite so unglücklich vor den Leib getreten, daß Gottschalk nur als Leiche vom Platze getragen werden konnte. —

Kroppenstedt, 29. Mai. (Stadtverordneten-Sitzung.) Als Schiedsmann wurde der Landwirt Gest, als Stellvertreter Henker Brandt wiedergewählt. Die Stadtverordneten Freiburg, Kobra und Stammer wurden gewählt, um mit Magistrat und Gemeindekirchenrat zu beraten über die Trennung des Schulamts vom Kirchenamt. Es dreht sich um die Summe von 20 000 Mark. Es soll entschieden werden, ob einige Aeder der Kirche oder der Stadt gehören. Die Stelle des Feld- und Hülfspolizeigeranten muß neu besetzt werden. Gehalt 750 Mark. Miete 120 Mark, Kleidergeld 60 Mark, nach sechs Monaten Probe 90 Mark Zulage. Stadtverordneter Strunk spricht für Erhöhung des Gehalts auf 1200 Mark. Es wird vorläufig davon abgesehen. Man müsse erst sehen, wie der neue Beamte sich bewähre. —

Reinhaldenleben, 29. Mai. (Ein tief bedauerlicher Unglücksfall) hat sich am Mittwoch vormittag in der städtischen Fließbadeanstalt zugetragen. Eine Mädchenklasse war mit ihrer Lehrerin dort. Den Kindern war sowohl von letzterer wie von der Badefrau streng aufgegeben worden, nicht aus dem Kinderbassin heraus in die freie Dhrze zu gehen. Trotzdem hatten einige diese Mahnung nicht befolgt, und die 12jährige Tochter des Steinigtarbeiters Kalberlah mußte dies mit dem Leben büßen. Die Kinder sahen sie plötzlich die Arme hochheben und schrien: „Die Kaderlah extrinkt!“ Sofort warf die Badefrau den Rettungsring ins Wasser und man suchte an der Stelle, wo das bedauernswerte Mädchen verschwunden war. Jedoch längere Zeit vergebens, bis es einer Dame, die ebenfalls schnell ins Wasser gesprungen war und sich an dem Suchen beteiligte hatte, gelang, das Kind unter dem Kinderbassin zu ergreifen. Dorthin, wo sich Gras usw. angeammelt hat, war das Mädchen von der Strömung geführt worden. Alle Wiederbelebungsversuche des sofort herbeigeleiteten Arztes waren erfolglos. Der Vorfall zeigt aufs neue, daß Eltern und Lehrer die Kinder nicht genug mahnen können, nicht ins freie Wasser zu gehen, wenn sie nicht schwimmen können. Aber auch die Badeaufsicht muß so gefaltet werden, daß bei vor-kommenden Fällen Menschenleben gerettet werden können. Die Stadtverwaltung muß sich dieses mindehens angelegen sein lassen, wenn die Einrichtung als mustergültig angesehen werden soll. —

(Durch Erhängen) hat sich am Mittwoch eine hier An der Wäsche zu Besuch weilende ältere Dame das Leben genommen. Die Ursache dürfte in plötzlicher geistiger Umnachtung zu suchen sein. —

Osternwick, 29. Mai. (Wo bleibt der gesetzlich gewährleistete Arbeiterschutz?) Wenn den Arbeiter ein Unfall trifft, so sollte der Fabrikherr schon allein die moralische Pflicht haben, den Betroffenen, wenn dieser nicht gehen kann, entweder in die Wohnung oder ins Krankenhaus schaffen zu lassen. Um der Dürstigkeit der Firma G. F. Dube Sohn muß man diese Menschenpflicht stark vermissen. Am 24. Mai stürzte dort der Arbeiter Karl Schmidt mit einem Zweijentnerpack, wobei er eine Verstauchung des linken Fußes davontrug und ihn außerdem die Last auf den verletzten Fuß fiel. Zunächst die Gründe solchen Sturzes: Der Weg, den diese Lastträger zu gehen haben, weist viele Löcher und Röhren auf; dann aber ist es die sogenannten Lössen der Drehweiben (für den Lorenzbetrieb) die nach Gebrauch abgenommen werden müssen, was zumeist nicht geschieht, so daß die Leute mit den Füßen daran hängenbleiben. Genannter Arbeiter konnte nun weder gehen noch stehen und litt große Schmerzen, wobei der Fuß immer mehr anschwellte. Trotzdem wurde von der Fabrikleitung keinerlei Anstalt gemacht, ihn nach Hause zu schaffen. Es vergingen 2 Stunden, in denen man den Mann seinen Schmerzen überließ, obwohl die Fabrik eines Fahrgewerks hat. Endlich machte ein Arbeitskammerad in der Nähe des Fabrikgrundstückes einen kleinen blauen Handwagen, auf dem ein Arbeiterfrau Grünsatter holen wollte, ausfindig und fuhr nun auf diesem stark ratternden Behälter den Verletzten zur Stadt. — In einem weiter zurückliegenden Falle war ein großer Lagerkuchen nur durch eine einzige gewöhnliche Dellampe „erleuchtet“. Hier passierte es, daß in diesem Halbtag ein Arbeiter ebenfalls von einem herabfallenden schweren Sad Dänger getroffen wurde. Ferner: Ein Arbeiter wurde durch einen größeren Säuremenge an Brust und Unterkörper schwer verbrannt. Dies Opfer blieb von Mittag bis vesper ohne Hilfe. Alle diese Fälle wurden bisher von den Arbeitern noch verheimlicht aus Furcht vor dem — „Ramschmeißeln“. Jeder Arbeiter aus einem andern industriellen Betrieb hört mit Entsetzen von derartigen Vorkommnissen und fragt: Wie ist das bloß möglich! Da Herr Direktor Gaarmagel auch zu den Vätern unsrer Stadt gehört, so hoffen wir, daß er schon um des Ansehens seines Betriebes willen hier Remedur schafft. —

(Auch am Wahltage) wurde den Arbeitern obiger Fabrik die strenge Hauszucht ins Gedächtnis gerufen. Mehrere Leute hatten die Verabredung getroffen, gemeinsam zur Wahl zu gehen. Sie hatten dies auch ihrem Meister A. Kundeman, worauf dieser wiederholt fragte: „Alle!“ — Als die Wähler nun zurückkehrten, wurde jeder eingeln gefragt, wo er denn gewesen sei. (1) Und dann kam das niederschmetternde Diktum: „Wenn das noch mal passiert, jameich ich Euch alle sofort raus!“ — Wenn's nach den Herren Meistern ginge, dann würde die Reform des Dreifachhandelsrechts noch diese Ausgeburt zeigen: Jede Fabrik, ob groß, ob klein, läßt nur einen Protekten vor die Kampe gehen, der mühte dann gleich für alle selbstverständlich ihre reichstreuen Wahlmann „wählen“. Das wäre dann der — Ur-Wahlmeyer!

Schönebeck, 29. Mai. (Folgen einer Schlägerei.) Die Arbeiter Stonski, Meier, Würzbach und Hölke kamen eines Abends in die Wirtschaft von Keiß in der Kaiserstraße. Die Ehefrau Hölke war vorher schon mit dem Arbeiter Käsebieter im Lokal anwesend. Es kam bald zu Streitigkeiten unter den Gästen, in deren Verlauf der Wirt die Angeklagten zum Verlassen des Lokals aufforderte. Die Angeklagten brachen das Hausstor auf und verjuchten wieder in das Lokal zu dringen. Im Hausflur stießen sie gemeinschaftlich unter Führung der Frau Hölke, die mit den Worten: „Nun zeig mal, daß Du mein Mann bist!“, ihren Mann zum Schlagen aufforderte, über Käsebieter her und ihn handelten ihn. Stonski brachte dem Käsebieter mit einem dolchartigen Messer einen 7 Zentimeter tiefen und 6 Zentimeter breiten Stich in den Rücken bei. Käsebieter befand sich 6 Wochen im Krankenhaus. Stonski erhält 6 Monate und 1 Woche, Meier 4 Wochen, Würzbach 3 Wochen, Hölke 2 Wochen Gefängnis. Die Ehefrau Hölke war nicht aufzufinden. —

(Unerschüttes Freitieren.) Fast regelmäßig muß das Gericht über Jagdbegeben verhandeln. Es muß gewarnt werden, ohne Jagdbezichtigung sich dieses Vergnügen zu leisten, da schwere Strafen verhängt werden können. Der Arbeiter Karl Lieske konnte es trotzdem nicht lassen und wurde deswegen mit 10 Mark bestraft. —

(Man läßt die Armen schuldig werden.) Eine bedauernswerte Gestalt tritt vor die Schranken des Gerichts. Ein fremder Arbeiter ist es, der schon oftmals wegen Betrühns und Landstreichens vorbestraft ist. Bei seinem 12jährigen Aufenthalt in einem Arbeitshaus wurde ihm schon arztlich attestiert: „Arbeitsunfähig wegen geistiger Minderwertigkeit.“ Wenige Tage jedesmal nach seiner Entlassung wurde er wegen Betrühns ergriffen und abgeurteilt. Wieder hatte er sich wegen Betrühns zu verantworten; ein Arzt erklärte ihn für unzurechnungsfähig. Es erfolgte Freispruch. Nun zieht dieser hilflose Menich wieder seine Straße, um wenige Tage darauf wieder die Gerichte zu besuchstigen. —

(Eine Stadterordneten-Sitzung) findet am Montag, nachmittags 3½ Uhr, im Sitzungssaal des Rathhauses statt.

Stettin, 29. Mai. (Die Beizer der „Arbeiter-Jugend“...)

(Die Rattenplage) ist in einzelnen Teilen der Stadt recht empfindlich...

Wetterleben, 29. Mai. (Großfeuer.) Am Dienstag...

Briefkasten.

Wahlkreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben. Beiträge zum Landtagswahlfonds...

Wahlkreis Wanzleben. Mitteilung. Zum Landtagswahlfonds...

Standesamtliche Nachrichten.

Magdeburg, 28. Mai.

Aufgebot: Hermann Blundt mit Berta Strauß. Geburten: Erica, T. des Eichlers Joseph Heigel...

Eisenburg, 28. Mai.

Geburten: Geria, T. des Hilfsleiters Heinrich Boide. Todesfälle: Biagemeister Gustav Gadowitz...

Groß-Ottersleben.

Eheschließungen: Farmer Ernst Danforth mit Martha Eißig. Geburten: Ernst, S. des Maurers Friedrich Schröder...

Halberstadt.

Aufgebot: Handelsmann Heinrich Lomma mit Auguste Gohmann. Geburten: T. des Kaufmanns Hans Curtius...

Eheschließungen: Kaufmann Karl Schönmeyer mit Martha Schö. Geburten: T. des Kaufmanns Hans Curtius...

Geburten: T. des Kaufmanns Hans Curtius. Todesfälle: T. des Arbeiters Ernst Dornbusch...

Germann Bernig, S. des Zimmermanns August Schröder...

2. Preussisch-Preussische Klassenlotterie

(228. Königlich Preussische) Klassenlotterie 5. Klasse 16. Ziehungstag 28. Mai 1913

Auf jede gezogenen Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen...

Nur die Gewinne über 240 M. sind in Klammern beigefügt.

Table with columns for prize amounts and corresponding numbers for the 2. Prussian lottery.

Ing. 47 J. Witwe Minna Ebert geb. Keune, 88 J. Bernhard...

2. Preussisch-Preussische Klassenlotterie (228. Königlich Preussische) Klassenlotterie 5. Klasse 16. Ziehungstag 28. Mai 1913

Auf jede gezogenen Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen...

Nur die Gewinne über 240 M. sind in Klammern beigefügt.

Table with columns for prize amounts and corresponding numbers for the 2. Prussian lottery.

Advertisement for 'Ein delikates Abendessen' featuring Rotti-Saucen, including text about the product and contact information.

Eingegangene Druckschriften.

Nicht verlangte Aufstellungen werden nicht zurückgeschickt. Bestellungen von Büchern hier angeführter Bücher und Schriften sind auch durch die Buchhandlung der "Volksstimme" und deren Kolportage zu beziehen.

Von der Königl. Eisenbahnverwaltung in Magdeburg bearbeitet erscheint zum dritten Male im Gea-Verlag G. m. b. H., Berlin W 85, der Teil 3: "Das Elbegebiet" vom "Führer auf den deutschen Schiffahrtsstraßen". Das Handbuch gibt in Tabellen eine Uebersicht über das Elbegebiet mit Berücksichtigung der österreichischen Elbestrecke sowie der österreichischen Moldau von Budweis abwärts. Es zeigt die an den Wasserstraßen liegenden Orte und Verkehrsanstalten mit ihren Entfernungen von einander; die Kilometerstationierungen, den mittlern Niedrig-Wasserstand, den Mittel-Wasserstand und den höchsten Wasserstand, Länge und Breite der Schleusen; Art, Weite und Höhe der Brücken, Landüberführungen, Lagerplätze, Häfen, Fähren, Umschlagverkehr; Eisenbahnverbindungen, Post-, Telegraphen-, Jolleinrichtungen usw. Die Karte n bieten eine Uebersicht über das Stromgebiet; sie zeigen die Lage der schiffbaren Wasserstraßen zu einander. Der Preis beträgt 1,25 Mark.

Bauen und Wohnen. Von der illustrierten vollstimmlichen Revue über das Bau- und Wohnwesen ist Heft 3 und 4 als Festnummer zur Eröffnung der internationalen Bauausstellung mit Sonderausstellungen Leipzig 1913 erschienen. Eine Reihe von wichtigen Fragen auf dem Gebiet der Architektur, der Ingenieur-Kunst, Städtebau- und Siedlungswesen sind von ersten Autoritäten in kurzen knappen vollstimmlichen Aufsätzen behandelt. Der Bildausstattung ist besondere Sorgfalt zugewandt. Eine treffliche Reproduktion gibt zum erstenmal eine Hochperspektive der Stadt Leipzig wieder, an der nicht weniger wie 8 Jahre gearbeitet wurde. Dem Rat wird besonders ein Bilderbuch von der Wissenschaftlichen Abteilung der internationalen Bauausstellung mit Sonderausstellungen Leipzig 1913 gefallen. Schließlich reichen der Festnummer noch drei farbige Kunstbeilagen zur Zierde.

Die deutsche Verlesung. Ihre Geschichte und ihr Wert. Ein Beitrag zur deutschen Sprachentwicklung 1818 bis 1918. Von Albert Meier. Verlag Volksbuchhandlung Dörfler u. Meier, Hannover. Preis 80 Pfg.

Gesundheits- und Lebensgefahren der Bauarbeiter. Klagen und Beschwerden der Tischler, Einleger, Treppenbauer, Parquetleger usw. Zur internationalen Bauausstellung in Leipzig, herausgegeben vom Deutschen Holzarbeiter-Verband, Berlin 1913, Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, G. m. b. H., Preis Mark 0,75.

Das Neue Leben, Halbmonatsschrift, Herausgeber Dr. Karl Nisch, Gustav Halm, Bonn. Verlag Oster u. Zoffen, Köln. Halb-jährlich 3 Mark, Heft 80 Pfg. 15. Heft.

Heft 8 der illustrierten Halbmonatsschrift "Das Wissen". Geschäftsstelle der Vereinigung "Die Wissenschaft für Alle", Berlin W 9, Potsdamer Straße 124/125.

Deutsche Rundschau für Geographie. Unter Mitwirkung hervorragender Fachmänner herausgegeben von Professor Doktor Hugo Hauffinger. 35. Jahrgang 1912/13. (H. Carllebens Verlag in Wien, jährlich 12 Hefte zu 1,15 Mark. Pränumeration inkl. Franto-Zusendung 13,50 Mk.) Heft 9.

R. Kief, G., Regierungsbeamter, Gemeinveränderlicher Führer durch das Angestelltenversicherungsgesetz. (Verlag von Emil Roth, Gießen) Preis 1 Mark. Dem Verfasser ist es in vor-zurecht bestimmter Weise gelungen, in leichtverständlicher und übersichtlicher Darstellung die neuen Bestimmungen in der zweckmäßigsten Form zu erläutern.

Aus dem Geschäftsverkehr.

Matrapas

Mein Favorit

Sulima-Ligarette

2 1/2 - 5 Pfg.

Strohüte

für Herren u. Knaben in größter Auswahl

Three Shillings Hat

Breiteweg 159

im Ulrichshagen 2016

Herren- und Damenrad

großartig leicht. Lauf, spottb. u. verl. Völbisgarnierbeides. v. 12. Göße.

Schulkinder

haben zuweilen Kopf- und Geseiter. Gaurelement wirkt radikal. Entfernt die lästigen Schuppen. Befördert vor-zurechtlich den Haarwuchs

a Flasche 50 Pf.

A. Bothko Neff, Breiteweg 253
W. Dorn, Kaiser-Wilhelm-Platz 8
Kurt Fiedler, Bionierstraße 2
Paul Fricke, Johannisberg 16
Ernst Garber, Königstraße 64
O. Grünwald, Neustädter Straße 25 b
Gustav Hubert, Jakobstraße 16
Max Lindner, Lüneburger Str. 40
H. Lorenz, Alter Markt 28
Theodor Vogel, Kaiser-Wilhelm-Platz 11

Buckau:
Alb. Thiemcke, GutsMuthsstr. 6
Sachsenburg:
H. Starkloff, Halberstädter Str. 118
G. Schubert, Halberstädter Str. 107
Paul Plattkow, Leipziger Str. 11
Otto Müller, Wolfenbüttler Str. 20
Wilhelmstadt:
Willy Hennemann, Divenstebter Straße 62
F. W. Soltz, Divenstebter Str. 47
Neustadt:
P. Albrecht, Lübecker Str. 17
Friedr. Paul, Lübecker Str. 101
Walter Rentzsch, Rogauer Str. 80
Friedrichstadt:
H. Schinkel Neff, Seumarkt
Formersleben-Salbk: Ewald Ludwig K 4

Weiche ein mit Henkel's Bleich-Soda.



BRENNABOB

Kinderwagen mit Gummi 20,00
Klappwagen mit Gummi 7,50

verkauft, soweit Vorrat reicht

Fritz Prager
Budau, Schönebecker Str. 84
Zubendg., Halberstädter Str. 30 d
Sportwagen, Hälfte des Wertes.

Gehrock-Verleih
auch Fracks und Smoking's
Möbes, Tischlerbrücke 29, 1. Eeg.

Hugo Hildebrandt

Schönebecker Str. 108

Zuggerdinen Einrichtungen
Süid 50 Pf. 2020
Trittleitern Stufe 55,5
Gartenanlagen 50,5
Gartenpumpen von 11/4 an
Garten- u. Balkon-Möbel,
Stühle von 2,60, Tische von 6,75 bis 4,25
Friedhofsbänke 5,25 Mk.
Reer-Gintodtopf 4,00
Thermometer, Blechhülle 1,80
Kondensiergläser mit Zubehör,
Eisbehälter, Füllgeschwänze
Fenstergänge und -leisten
Dampfbappe Rolle 2,50
Drahtgeflecht u. Stacheldraht.

Anzüge und Paletots
im Abonnement getragen, gut erhaltene Herrenkleidung, fest in großer Auswahl vorrätig.

J. Büscher,
Kaiserstr. 23, Eing. Hof rechts

Kaufe junge u. alte Kanarienvögel
gute u. gewöhnliche Sänger, und junge u. alte Weibchen.
Hohle nie defamnt höchste Preise.

Jos. Tischler, Annast. 25.

Rich. Kruse

Maschinen- u. Fahrrad-Fabrik
Vernickelung u. Emailierung
Magdeburg-Neustadt
Lübeckerstraße 103.
Erstklassige Fabrikate zu konkurrenzlos billigen Preisen
Größte Auswahl u. Teilzahlung



Damenuhr mit eleg. langer Kette 8,50
Katharinenstr. 11, 1. Et. 1899

Sprechmaschinen-Schallplatten

aller Systeme kauft man weit unter Preis, auch Teilzahlung gestattet.
Paul Sumner, Verkaufshaus, Eisenaustr. 1, h. h. p. Klein Raden.

Hausfrauen!
probieren Sie

Butter
allerfeinste
1,30 Mk.
Nur Schuhbrücke 6.

Wih. Delor Magdeburg-Neustadt
Friedrichstraße Nr. 3.

Ganze Ausstattungen - Wohnzimmer
Schlafzimmer - Küchen - Esszimmer

Neueste Muster, gut und billig!

Sürge in allen Größen stets am Lager.

3 doppelseitige neue Platten 3,90

Neueste Schlagel!

Puppen
Kleider
Wohne
Gua!
D. Habella
Bogel Flug
Warm in
Straß-
burg

Sprech-Apparate
Kauf und Miete.
Wie Ersatzteile u. Reparatur.

B. Pabst
Berliner Str. 29
Fernspr. 5802.

Willy Hennemann, Divenstebter Straße 62

F. W. Soltz, Divenstebter Str. 47

P. Albrecht, Lübecker Str. 17

Friedr. Paul, Lübecker Str. 101

Walter Rentzsch, Rogauer Str. 80

H. Schinkel Neff, Seumarkt

Formersleben-Salbk: Ewald Ludwig K 4

Kinderwagen mit Gummi 20,00

Klappwagen mit Gummi 7,50

verkauft, soweit Vorrat reicht

Fritz Prager
Budau, Schönebecker Str. 84
Zubendg., Halberstädter Str. 30 d
Sportwagen, Hälfte des Wertes.

Gehrock-Verleih
auch Fracks und Smoking's
Möbes, Tischlerbrücke 29, 1. Eeg.

J. Büscher,
Kaiserstr. 23, Eing. Hof rechts

Kaufe junge u. alte Kanarienvögel
gute u. gewöhnliche Sänger, und junge u. alte Weibchen.
Hohle nie defamnt höchste Preise.

Jos. Tischler, Annast. 25.

Günstiger Gelegenheitskauf!

Ein Posten wollene und feine Blusen billig zu jedem annehmbaren Preise abzugeben
Blumenstr. 1, 1. Et. 1898.

Klapp-Sportwagen
mit Gummirädern von 9,50 Mark an

Kinderwagen
Kartenswagen mit Gummirädern und Porzellangriff 25,00
2065
Peddignorwagen mit Gummirädern und Porzellangriff von 29,00 an
Teile u. Beschläge, Comp. -Stoßer, Peddignorwagen, Waschküchen, etc.

G. Schmohl
Cde Gr. Marktstraße

Ausnahmetage! Freitag, Sonn- abend, Sonntag:

Schweinefleisch, Bauch Pfd. 75 Pf.; Schinken, Nacken, Blatt Pfd. 80 Pf.; Fett und Knochen Pfd. 70 Pf. - Hammel- und Kalbfleisch Pfd. 80 Pf. - Rindfleisch zum Kochen Pfd. 60, 70 u. 80 Pf., zum Schmoren Pfd. 90 Pf.; Schiere Pfd. 1,00 Mk.; Gehacktes Pfd. 80 Pf. - Rot u. Leberwurst, Sülze Pfd. 70 Pf.; harte Bratwurst, Rippenpfd. 3. bill. Breit., Schmalz Pfd. 80 Pf.

Th. Perholz, Tischlerkrugstr. 17.

1863 23. Mai 1913

Zur fünfzigsten Wiederkehr
des Gründungstags des
Allgemeinen deutschen Arbeitervereins
empfehlen wir folgende

Schriften Ferd. Lassalles:

Offenes Antwortschreiben an das Zentralkomitee zur Berufung eines allgemeinen deutschen Arbeiter-Kongresses zu Leipzig. Neue Auflage. 1.00 Mk. (Verbandsausgabe 40 Pf.)

Arbeiterprogramm. Ueber den Zusammenhang der gegenwärtigen Gesellschaftsperiode mit der Idee des Arbeiterstandes. 75 Pf. (Verbandsausgabe 30 Pf.)

Die indirekte Steuer und die Lage der arbeitenden Klassen. Eine Verteidigungsrede vor dem kgl. Kammergericht in Berlin gegen die Anklage: die besitzlosen Klassen zum Haß und zur Verachtung gegen die Besitzenden öffentlich angereizt zu haben. 1.50 Mk. (Verbandsausgabe 60 Pf.)

Ueber Verfassungswesen. Ein Vortrag, gehalten in einem Berliner Bezirksverein. - Was nun? Zweiter Vortrag über Verfassungswesen. - Macht und Recht. Ein offenes Sendschreiben. Neue Auflage. 1.00 Mk. (Verbandsausgabe 50 Pf.)

Die Wissenschaft und die Arbeiter. Eine Verteidigungsrede vor dem Berliner Kriminalgericht gegen die Anklage: die besitzlosen Klassen zum Haß und zur Verachtung gegen die Besitzenden öffentlich angereizt zu haben. 1.00 Mk. (Verbandsausgabe 40 Pf.)

Meine Affsen-Rede, gehalten vor den Geschwornen zu Düsseldorf am 3. Mai 1849 gegen die Anklage, die Bürger zur Bewaffnung gegen die kgl. Gewalt aufgereizt zu haben. 40 Pf.

Herr Bastiat-Schulze von Delitzsch, der ökonomische Julian, oder Kapital und Arbeit. Mit einem kritischen Vorwort von Ed. Bernstein. Prosch. 1.50, geb. 2 Mk.

Intime Briefe Ferd. Lassalles an Eltern und Schwester. 3.00 Mk.

Ferd. Lassalles Briefe an Georg Derwegh. Mit einem Bild und Brief von Lassalle. 3.00 Mk.

Ferd. Lassalle und seine Bedeutung für die Arbeiterklasse. Von Ed. Bernstein. 50 Pf.

Ferd. Lassalle und die Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung. Von Julius Bahlsch. 1.00 Mk.

Die Gründung der deutschen Sozialdemokratie. Eine Festschrift der Leipziger Arbeiter. 40 Pf.

Buchhandlung Volksstimme
Gr. Münzstraße 3

Burg. 1890 Burg.

Teilzahlung!

Möbel

Betten, Uhren, Spiegel, Herren- u. Damengarderobe, Kleiderstoffe, Blusen, Schürzen, Gardinen usw.

Vertreter: **G. Thill**
S. Lubascher Schulstraße 45

Billiger Verkauf!

Überzeugen Sie sich meine Damen, daß Sie nirgends besser noch billiger kaufen. 2057

Lassen Sie sich nicht täuschen,
nur Breiteweg 31, 1. Etage

ist der Liquidationsmasse-Verkauf. Bestätigen Sie das enorme Lager in allen Abteilungen, vergleichen Sie die früheren mit den jetzt bedeutend ermäßigten Preisen bei nur besten Qualitäten. Die Vorteile sind ausfallend.

Das gesamte Lager soll wegen Auflösung

schnellstens geräumt werden.

Regenschirme, Sonnenschirme, elegante und praktische Kleider für Damen und Mädchen, Stickerkleider, halbfertige Roben, Kostüme.

Damen-Mäntel
Woll- und Wachsblusen, Kostümröcke. Besonders begehrte Modestoffe in Wolle, Musselin, Seide, Brauseiden, Kostümflosse, Aussteuer-Artikel, Wäsche, Gamschulze, Strümpfe, Schürzen, Stickerkleider, Spitzen, Besätze, Samte, Futterstoffe, sämtliche Schneider-Artikel.

Damen- und Kinder-Hüte, geschmackvoll garniert, nach Pfingsten nochmals ermäßigt.

Damen-Sporthüte (sonst 2,00 Mk. zum Aussuchen 50, Garten-Hüte 15,)

Reecks Liquidationsmasse
Magdeburg, 31 Breiteweg 31
1. Etage. 1. Etage.

Verlangt:

Si-Si

den Labetrunk
(alkoholfrei)

in 2121

Kolonialwaren - Geschäften,
:: Gartenwirtschaften ::

oder durch die

Buckauer Dampf-Bierbrauerei
Fernsprecher 2082.



Reunion



Lookout

mit Gold- oder Korkmundstück
Vorzügliche

3 Pfg Cigarette

Deutsch. Metallarbeiterverband

Verwaltung Magdeburg.
Bureau: Große Mühlstraße 3, 1 Tr. — Telefon-Anschluss 1912.
Sprechstunden nur wochentags am Vormittag von 9 1/2 bis 1 Uhr,
am Nachmittag von 5 bis 7 Uhr. — Sonntags geschlossen.

Bersammlungen finden statt:

Sonabend den 31. Mai, abends 8 1/2 Uhr
Bezirk Alte Neustadt im Restaurant Zur Krone, Wolfenstr.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Kollegen D. Winzer.
2. Berichtsangelegenheiten.

Bezirk Oberstadt im Lokal des Herrn Frohme.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Kollegen Karl Blum.
2. Berichtsangelegenheiten.

Um regen Besuch dieser Bersammlungen ersucht
Die Verwaltung.
In dieser Woche ist das Felt 396 im Sterbeanhang zu kleben.

Klempner und Installateure

Sonabend den 31. Mai, abends 6 1/2 Uhr
Versammlung
im Lokal des Herrn Eduard Heltz, Tischlergasse 22.
Tagesordnung: Abstimmung über den Streit.
Werte Kollegen! Die letzte Bersammlung hat beschlossen, die
Abstimmung am Sonabend vorzunehmen, damit auch die aus-
wärtig Beschäftigten an der Abstimmung teilnehmen können. Alle
Kollegen müssen pünktlich in der Bersammlung erscheinen.
Die Branchenleitung.

Sozialdemokratischer Verein Kreis Wanzleben

Ortsgruppe Diesdorf.
Sonabend, 31. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Parteilokal
Mitglieder = Bersammlung.
Tagesordnung:
1. Bericht von der Kreisversammlung.
2. Stellungnahme zur Generalbersammlung.
3. Verschiedenes.
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen wünscht
Die Ortsgruppenleitung.

Sozialdemokratischer Verein des Kreises Wanzleben

Klein-Otterleben.
Am Sonabend den 31. Mai, abends 8 1/2 Uhr, bei
Emil Schäge
Mitglieder = Bersammlung.
Tagesordnung:
1. Stellungnahme zur Generalbersammlung.
2. Wahl der Delegierten zur Generalbersammlung.
3. Verschiedenes.
Der Wichtigkeit der Tagesordnung wegen ist es notwendig,
dass die Bersammlung einen guten Besuch aufweist.
A. A.: Der Vorstand.

Burg. Achtung! Musikfreunde

welche gewillt sind einem Orchesterorchester beizutreten, werden für
Sonabend den 31. Mai, abends 8 Uhr, nach der
Burger Bierhalle, Unterm Hagen 51
eingeladen

Neul 21 Agnetenstraße 21 Neul

Ein gutes Glas Bier für 10 Pl.

erhält man in der

Stehbierhalle

Albert Müller

Neul 21 Agnetenstraße 21 Neul



Seefische - Volksnahrung!

Auch während der wärmeren Jahreszeit sind See-
fische frisch in tadelloser Qualität bei uns zu haben.

Wir empfehlen von frischer Seefisch für Freitag und Sonnabend:

ff. fetten Seelachs im Auschnitt pro Pfund	18,-
ff. fetten Kabeljau im Auschnitt pro Pfund	22,-
ff. großen Schellfisch im Auschnitt pro Pfund	25,-

ff. Nord. Angelschellfisch alt. Qual. pro Pfd.	40,-	ff. echte Rotzungen Prima, große pro Pfund	60,-
ff. Nord. Angelschellfisch mittelgr. pro Pfd.	38,-	ff. echte Rotzungen Prima, mittel pro Pfund	40,-
ff. kleine Schellfische zum Braten pro Pfund	20,-	ff. Heilbutt im Auschnitt pro Pfund	110,-
ff. Helgol. Schollen 1. bis 2-pfundig pro Pfund	45,-	ff. Stelebraten ca. 2-pfundig pro Pfund	90,-
ff. Bratschollen 8 Pfund pro Pfund	70,-	ff. rotfl. Flußachs im Auschnitt pro Pfund	140,-
ff. echte Makrelen pro Pfund	25,-	ff. frische Flußhechte pro Pfund	90,-

ff. Fischfilet unsere Spezialität, pfannenfertig pro Pfund 50,-
ff. Mutterfleisch-Karbonade pfannenfertig pro Pfund 35,-

Lebende Schleie u. Aale, lebende Tafel- u. Suppentrebse
frisch eingetroffen! fette wohlschmeckende
Eine Sendung Neue Maatjes-Heringe frische p. St. 20 15 u. 10,
Bestellungen erbitten ergebenst bis morgens 9 Uhr.

Magdeburger Fischhallen

Feinstes Fisch-Spezialgeschäft
Alte Ulrichstraße 13 | Breiteweg Nr. 89/90
Telephon 7262 | Telephon 2953.

Galbenser Konsumverein

G. S. m. b. H.

Sonntag den 1. Juni, nachmittags 3 Uhr,
im Lokal „Deutsches Haus“, Grabenstraße

Generalversammlung

Tagesordnung:
1. Halbjahrsbericht. — 2. Lagerhalter = Wahl. —
3. Aufsichtsrats = Wahlen. — 4. Bericht vom Unter-
verbandstag. — 5. Geschäftliches.
Zu recht zahlreichem Besuch der Mitglieder ladet ein
Der Aufsichtsrat.
Franz Weber, Vorsitzender.
Mitgliedskarte legitimiert.

Unseburg - Brinzregent

Der Arbeiter-Gesangverein feiert am Sonabend d. 31. Mai
sein erstes

Bergnügen

bestehend in Konzert, Gesang und Ball.
Wir sind bestrebt, jedem Besucher einen schönen Abend zu
bieten und laden Freunde und Gönner ergebenst ein.
G. Bieder. Freier Sängerkhor.

Transparente

zu

Gewerkschafts-, Turner-, Sänger-, Radfahrerfesten

a Stück 20 Pf. (10 Stück 1.50) 40 Pf. u. 1.00
empfehlen

Buchhdl. Volkstimme, Gr. Mühlstr. 3.

Annabach Sülldorf Luisen-Bad

Wärmende Sole geg. Rheuma-
Gicht u. Stoffwechsellkrankh.

Restaurant u. Garten
Belicht. Ausläug f. Berzine.
Stromlicht leuchtet ein
1901 Wilhelm Eberling.

Jeden Freitag: Frische
Käse, Sonnabend und
Sonntag: Auslands-
wurst f. Bratenschnitz.

Burg. 1902 Burg.
Jeden Freitag: Frische
Käse, Sonnabend und
Sonntag: Auslands-
wurst f. Bratenschnitz.

ff. Speisefartoffeln
billig zu verkaufen Alexander-
straße 17. Telephon 4328.

Garnituren, Sofas
und Chaiselongnes
in bester Ausführung angelaufen
billig Polsterwerkstatt Große
Mühlstraße 17, 6. u. 1 Tr. Reuberer Straße 3, 6. L.

Kammer-Lichtspiele

Breiteweg 141.

1908 Heute Freitag
Neu! Neu!

Zuma

dramatisches Lebensbild in 2 Akten
von gewaltiger Wirkung.

Statistinnen des Lebens

ein spannendes Drama aus dem
Theaterleben in 2 Akten
und das übrige
sensationelle Weltstadt-Programm!

Georg Winters Gesellschaftshaus

Hagauer Straße 80.

Jeden Freitag: Großes Freikonzert
Sonntag, 25. Mai: Großes Kinderfest. Arrangeur: Herr
Für Unterhaltung und Spiele ist bestens gesorgt.
Bei schlechtem Wetter findet das Kinderfest später statt.
Jeden Sonntag Tanzkränzen.
Prachtvoller Garten. — Familien können Kaffee Kochen.
Ergebenst ladet ein 1940 Georg Winter.

Viktoria-Theater

Direktion Hans Knapp.

Gastspiel des beliebten Komikers
Franz Arnold
auf 2 Abende verlängert.

Freitag den 30. Mai,
abends 8 1/2 Uhr
Große Doppelvorstellung!
Zweites Gastspiel des bekannten
und beliebten Komikers Franz
Arnold vom Lustspielhaus in
Berlin in seiner Glanz- und Pa-
raderolle als Lampenfabrikant
Siehe in
Im weißen Rössl
und
Als ich wiederkam.

Sonabend den 31. Mai, abends
8 1/2 Uhr, zum zweitenmal der
lustige Schwanz
Die spanische Fliege,
welcher gelegentlich der ersten
Aufführung am vergangenen
Mittwoch einen richtigen Nach-
erfolg erzielte mit Franz Arnold
vom Berliner Lustspielhaus als
Mörschfabrikant Künste.

Wilhelm-Theater

Ensemble-Gastspiel
1. oberbayerisches Bauerntheater
Die Tegernseer.
Freitag und Montag
Im Wandover.
Sonabend und Dienstag
Aus der Art geschlagen.
Sonntag den 1. Juni, nachm.
Der Wunderdoktor.
Abends: Der Lehrer von Seespitz.
Im Theater angenehmer fühlen
Auffenthalt.

Stephanshallen

Dir. Rich. Frohartz. —
Abends 8 Uhr 1908
Varieté-Vorstellung.
Streng begutacht Programm
für Familien-Publikum.
Vorzugskarten
sind in den meist. Zigarren-
geschäften zu haben.

Burg Danksagung.

Für die vielen Beweise herz-
licher Teilnahme anlässlich des
Begräbnisses meines Mannes
lage ich allen Freunden und
Bekanntem meinen besten Dank.

Wwe. Therese Wagener.

A. Scholz Ww.

Neustadt
Lübecker Str. 22a
empfehlen
goldene u. silberne
Herren- und
Damen-Uhren
Gold-, Silber- und
optische Waren
Reparaturen werden sauber und
preiswert ausgeführt. 1919
billig z. verk. Wilhelmstr.
Arnoldstraße 30, 6. L.

Spezialbeh. Weber

Simmelsröhre, 3. am Bahnh.,
frischer und veralteter Fälle
Geschlechtsleiden
Garn, Haut, Nerven, Rheuma-
tismus, innere Leiden 1808
9-12 u. 2-4. abds. 7-9; Sonnt. 9-11.

Standuhren,

Freiwinger, Herren- und
Damenuhren, Gold- u. Silber-
waren kauf man sehr preisw. bei
Paul Kummer,
Eisenaustraße 1, 1 Minute vom
Hofplatz. Kein Laden. Opt.

Gebirgsmäntel

6 Monate Garant., 4.15, rot 6.00,
extra Prima Deck, 15 Mon. Gar.,
5.65, hochf. Stollendeck, 15 Mon.
Gar., 6.00, gute gep. Deck, 3 Mon.
Gar., 3.00. Alles erfüllt. bei. Marken.

H. v. Pradzynski, Johannis-

Mod. Klappweg u. Kinderweg
zu verkaufen. Stolp, Gr. Dieborfer
Str. 230, II. Eeg. Schenkenborst. p.

Ansichtspostkarten

empfehlen die
Buchhandl. Volkstimme

Schleuder-Auschnitt

Gummifeder, Holzphantofel,
Süßer, Seibriemen u. Schuh-
macher-Bedarfsartikel empf.
zu billigen Preisen. Heiar, Borsoko,
Seberhandlg., Bukkau, Feldstr. 61.

Gelegenheitskauf!

Photo-Apparate
in großer Auswahl. 2028
Photo-Spezialhaus Arthur
Labischewski, Gr. Mühlstr. 7.

10 Prozent in bar auf sämtl.

Saarbetten bis 15. Juni
Haarhandlung H. Jacobs
Zudenb., Kurfürstentstraße 4.

Schürzen

Leinwäse - Unterleinen
Korsetts - Röcke
Haubtücher - Strümpfe
Erstlings-Artikel 2022

A. E. Schöne

Gute Schäfte- und Weberstraße.

Budau! Zur süßen Gede!

Kaffee, frisch geröstet, so-
wie alle Konfitüren,
Safan u. Schokolade gut u. preisw.
Frauz Almus, Schönebeker Str. 41.

Mädchen nicht unter 18 Jahren

als Aufwartung für
den ganz Tag gef. Stellung vorm.
Kaiser-Friedrich-Str. 3, 2 Tr. z.

50 Abnehmer u. n. mehr o. hier u.

in der Umg. für Fliegen-
netze werden jof. gef. Zu melden bei
Heiar. Hahn, R., Siepansstr. 24.

Oschersleben.

Sache zum 1. Juni eine
Strom zum Zeitungstragen
A. Kollock,
Reuberer Straße 3, 6. L.



F. Pützkuhl

Lübecker Straße Nr. 120
Hüte, Mützen
Schleier, Haarschmuck
Wäsche, Kraw.
Hosensträger
Stücke etc.

